Erscheint täglich
Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
vierteljährlich 50 ₰, ½jährl. 1.50 ℳ
incl. Bringerlohn frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezieh bar, kostet
monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühren
betragen für die 5gespaltene
Petitzeile oder deren Raum
15 ₰, für Wohnungs-,
Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.
Im redaktionellen Teil
kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die laufende
Nummer müssen spätestens bis
vormittags ½10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 7561.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 76. Halle a. S., Donnerstag, den 31. März 1898 9. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. März.

Die dritte Lesung des Etats hat heute begonnen und schritt, da nur eine kurze Generaldiskussion beliebt wurde, ziemlich schnell vorwärts. Der Etat des Reichstages, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit dem Kolonialetat wurden erledigt. Es sollte der Etat des Reichsamts des Innern folgen, ehe man aber in die Beratung eintrat, vertagte sich das Haus. Beim Etat des Reichstags erklärte sich Herr Iskraut gegen eine Präsidialwohnung, ohne aber auf die Ausführungen dieses sonderbaren Heiligen einzugehen, wurde die Präsidialwohnung genehmigt. Beim gleichen Etat kam eine viel wichtigere Frage, die des Petitionsrechts der Beamten an den Reichstag, zur Sprache. Bei der Beratung des Reichseisenbahn Etats hatte sich bekanntlich herausgestellt, daß der Regierung die Petitionen der Eisenbahnsekretäre mit den Unterschriften seiner Zeit vom Reichstagsbureau ausgehändigt worden waren. Der Abg. Gröber hatte, der Entrüstung der Reichstagsmehrheit darüber Rechnung tragend, einen Antrag gestellt, die Geschäftsordnungskommission zu beauftragen, einen Modus zu finden, der solche Dinge verhindere. Nur die Herren v. Stumm und Graf Roon stellten sich gegen die Beamten heraus, ihre ganze Junkerbrutalität hervorkehrend. Abg. Singer machte den Herren gehörig den Standpunkt klar und der Antrag Gröber wurde angenommen. Beim Etat des Reichskanzlers brachte unsere Partei die famose ohne Unterschrift erfolgte Berichtigung des § 138a der Gewerbeordnung im Reichsanzeiger zur Sprache. Stadthagen hielt eine geharnischte Rede, in der er das Verfassungswidrige dieser neuen Polizeiwillkürlichen Maßnahme klar stellte, und er hatte den Erfolg, daß sich sowohl das Zentrum wie Herr v. Bennigsen auf seine Seite stellte und bei solchen Gesetzesänderungen die Mitwirkung des Reichstages verlangten. Auch hier wurde die Geschäftsordnungskommission beauftragt, den geeigneten Modus zu finden. Das geschah, obwohl die Herren Staatssekretär Nieberding und v. Stumm ihren Posadowsky herauszuhauen gesucht hatten.

* * *

72. Sitzung. Dienstag, 29 März.

Am Bundesratstisch v. Posadowsky, Frhr. v. Thielmann, v. Goßler.

Auf der Tagesordnung steht die **dritte Lesung des Etats.**

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf **v. Vitzthum Eckstädt** weist die Angriffe des Abg. Bebel auf die sächsische Militärverwaltung in der zweiten Lesung des Etats zurück, insbesondere den Vorwurf, daß dieselbe Lohndrückerei treibe. Die sächsische Militärverwaltung halte sich gleich der preußischen nicht für befugt, in das Erwerbsleben der Unternehmer einzugreifen.

Abg. **Merbach** (Rp.): Ich verstehe nicht, wie Herr Bebel als zielbewußter Vertreter der internationalen Sozialdemokratie sich gegen die Anstellung ausländischer Arbeiter hat wenden können. Wenn wir heute chinesische Arbeiter aus Kiao-Tschau hier einführen wollten, so müßte sie Herr Bebel doch gerade mit dem Bruderkusse empfangen. In seinen weiteren Ausführungen bestreitet Redner, daß in dem vorliegenden Falle Lohndrückerei getrieben worden sei und konstatiert, daß es die Pflicht eines jeden Volksvertreters sei, von der Tribüne herab stets die Wahrheit zu sagen. (Sehr gut!)

Abg. **Iskraut** (Antis.): Es ist die Frage, ob das deutsche Volk von seiner parlamentarischen Vertretung, die ihm jährlich ca. 700 000 M. kostet, dafür ein genügendes Aequivalent erhält. Jedenfalls dürfen nicht noch weitere Kosten hinzukommen. Aus diesem Grunde sind wir gegen den Bau eines prunkvollen Präsidial-Gebäudes und die Erhöhung des Gehalts des Reichskanzlers.

Abg. **Bebel** (Soz.): Der Abg. Merbach hätte sich seine Entrüstung sparen können, wenn er die Verhandlungen vom 21. Febr. gelesen hätte. Es war einfach meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit als Abgeordneter, das mir von meinem Gewährsmann Max Baer vorgelegte Material hier vorzubringen. Daß sich seine Angaben nachher als zum Teil unrichtig erwiesen haben, ist nicht meine Schuld.

Ebenso wie die Parteigenossen des Herrn Merbach verlangen, daß der Bauer sein Korn direkt und nicht durch Zwischenhändler verkauft, so verlangen wir, daß die Militärverwaltung ihre Arbeiten an Leute vergiebt, die sie auch selbst herstellen, damit die Löhne der Arbeiter nicht durch den Verdienst von Zwischenmeistern geschmälert werden.

Unser Verlangen, daß böhmische Arbeiter nicht von der Militärverwaltung angestellt würden, steht durchaus nicht im Widerspruch mit unserer internationalen Gesinnung. Wir haben nur verlangt, daß wenn Arbeiten vom Reich vergeben werden, hierbei nicht auswärtige Arbeiter herangezogen werden, um dieselben gegen die deutschen Arbeiter als Lohndrücker und Organisationszerstörer zu benutzen. Das steht in keinem Widerspruch mit unserem Bestreben, die soziale Lage der Arbeiter aller Länder zu heben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten).

Damit schließt die Generaldiskussion, das Haus tritt hierauf in die Spezialdiskussion ein.

Beim Titel Reichstag liegt ein Antrag: Gröber und Genossen (Zentr.) vor, „die Geschäftsordnungs-Kommission mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob und bejahendenfalls in welcher Weise die Unterschriften der bei dem Reichstag eingelaufenen Petitionen gegen Bekanntgabe an Personen, welche dem Reichstage nicht angehören, sicher gestellt werden sollen".

Abg. **Lieber** (Zentr.) begründet diesen Antrag unter Hinweis auf den bekannten Vorfall, daß Eisenbahnbetriebssekretäre wegen einer Petition an den Reichstag gemaßregelt worden sind. Durch die Bekanntgebung der Namen der Petenten könne unter Umständen das verfassungsmäßige Petitionsrecht schwer geschädigt werden. Schließlich habe die Behörde doch nur ein Interesse daran zu erfahren, worüber Beschwerde geführt wird, nicht wer sie führt.

Abg. Graf **Roon** (kons.): Durch den Antrag wird ein nicht erspriesslicher Gegensatz zwischen Regierung und Volks-Vertretung geschaffen, bloß um ein paar unartige Beamte vor der verdienten Bestrafung zu schützen. Die Autorität der Regierung steht uns zu hoch, als daß wir einen solchen Antrag gutheißen könnten.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich kann von Beschwerdeführern eine sehr starke Dosis von Ausdrücken vertragen, aber ich verlange von ihnen den Mut, ihre Namen zu nennen. Wenn der Antrag angenommen wird, muß sich die Regierung volle Freiheit ihrer Handlungsweise vorbehalten.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.): Ein Reichstag, der seine Prärogative behaupten will, muß darauf dringen, daß die Unschrift der Petitionen nur mit seiner ausdrücklichen Genehmigung den Behörden vorgelegt werden darf.

Abg. **Singer** (Soz): Das Reichstagspräsidium hätte die ganze Sache auf dem Wege einer einfachen Verfügung erledigen können; ein besonderer Antrag ist total überflüssig. Was den vorliegenden Fall anlangt, so will ich nur das eine sagen: Es ist ein Mißbrauch des Petitionsrechtes, wenn aus seiner Ausübung dem Petenten irgend welche Nachteile entstehen. Die Herren von der Rechten möchten allerdings am liebsten verfügen: Das Petitionsrecht ist gewährleistet, die Ausübung wird bestraft. (Große Heiterkeit.) Und da wundert man sich darüber, daß fast allgemein der Glaube herrscht, die Angestellten müßten, weil sie ihre Arbeitskraft in den Dienst der Verwaltung stellen, auch in ihren politischen Anschauungen sich nach ihren Vorgesetzten richten. (Sehr richtig! links.) Meine Herren, die Dinge spitzen sich allenthalben so zu — denken Sie an den Erlaß des Grafen Posadowsky — daß der Kampf um das Petitionsrecht im Interesse einer geordneten und vereinfachten Staatsverwaltung geführt werden muß. Dem Herrn Grafen Roon will ich noch eines sagen: Die Herren Konservativen haben durchaus keinen Anlaß, gerade von dem Ton der Beschwerdeführer zu reden; diese Herren wissen, wenn es sich um die eigenen Interessen handelt, sehr wohl den scharfen Ton zu finden, den sie den Beamten verbieten wollen. (Sehr richtig! links). Der Reichstag wird hoffentlich nach den traurigen Erfahrungen, die er gemacht hat, in Zukunft darauf verzichten, die Namen der Petenten irgendwie bekannt zu geben. (Beifall links).

Staatsminister Graf **Posadowsky**: Es ist stets Brauch, daß sobald Beschwerde über eine Behörde erhoben wird, diese Behörde auch erfährt wer sich beschwert.

Abg. **Rickert** (Freis. Vgg.) hält dafür, daß die ganze Sache durchaus eine innere Angelegenheit des Reichstages ist.

Abg. Frh. **v. Stumm** (Reichsp.): Es kommt oft vor, daß Arbeiter sich ganz zu Unrecht beschweren, ja ihre Vorgesetzten geradezu verleumden. Solche Leute darf man nicht protegieren. Ich schließe mich daher dem Abg. v. Roon an.

Abg. Graf **Roon** (kons.): Die ungebrigte und freche Art der Ausübung des Petitionsrechts muß getroffen werden; ich bin daher für Preisgabe der Namen der Petenten.

Abg. **Lieber** (Zentrum): Die Regierung wird in ihrer Objektivität alle ihr zur Berücksichtigung überwiesenen Petitionen sachlich prüfen; der Reichstag ist keine quantité negligable. Das Petitionsrecht der Beamten muß unverkümmert gewahrt werden. Haben die Regierungen Lust, deswegen einen Konflikt mit dem Reichstag heraufzubeschwören, so wollen wir sehen, wer den kürzeren dabei zieht. (Bravo!)

Abg Frh. **von Stumm** (Reichsp.): Ich habe keinen Wunsch ausgesprochen, sondern nur gemeint, daß ein Regierungskommissar zu einer ihm unvollständig mitgeteilten Petition nicht Stellung nehmen kann.

Die Diskussion wird geschlossen, und der Antrag Gröber gegen die Stimmen der Konservativen und Reichspartei angenommen; der Etat des Reichstags wird genehmigt.

Beim Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei liegt folgende Resolution Auer vor:

Der Reichstag wolle beschließen:

1. Die im Reichs-Gesetzblatt von 1898 Nr. 7, Seite 33 ohne Namensunterschrift erfolgte Veröffentlichung folgenden Wortlauts:

„Berichtigung. In dem in Nr. 18 des Reichsgesetzblatts für 1891 (S. 261 ff.) abgedruckten Gesetze, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 sind Seite 283 im letzten Absatze des § 138a infolge eines Versehens die Worte „Ziffer 2 und 3" an Stelle der Worte „Ziffer 3 und 4" gesetzt worden. Der letzte Absatz des § 138a hat richtig, wie folgt, zu lauten: Die untere Verwaltungsbehörde kann die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, welche kein Hauswesen zu besorgen haben und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, bei den im § 105c Absatz 1 unter Ziffer 3 und 4 bezeichneten Arbeiten an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen nachmittags nach 5½ Uhr jedoch nicht über 8½ Uhr abends hinaus gestatten. Die Erlaubnis ist schriftlich zu erteilen und vom Arbeitgeber zu verwahren."

steht im Widerspruch mit dem nach erfolgter Zustimmung seitens des Bundesrates in Nr. 18 des Reichsgesetzblattes für 1891 (Seite 261 ff.) veröffentlichten Beschluß des Reichstages vom 8. Mai 1891 und entbehrt der Rechtsgültigkeit da die verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung des Reichstages zu der durch diese Veröffentlichung versuchten Aenderung des vom Reichstag und Bundesrat beschlossenen im Reichs-Gesetzblatt von 1891 (S. 261 ff.) veröffentlichten Gesetzes fehlt.

2. Der Reichstag ersucht deshalb den Herrn Reichskanzler, dafür Sorge zu tragen, daß die in Nr. 7 des Reichs-Gesetzblattes von 1898 als „Berichtigung" bezeichnete Veröffentlichung als rechtsunwirksam im Reichsgesetzblatt bezeichnet werde.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Die Berichtigung des Reichsanzeigers sucht ohne die Zustimmung des Reichstages ein neues Gesetz zu schaffen. Das verträgt sich nicht mit dem Artikel 2 und 7 der Verfassung, nach denen eine Veränderung eines bestehenden Gesetzes lediglich durch Uebereinstimmung der gesetzgebenden Körperschaften möglich ist. Man könnte sagen, die Berichtigung eines Schreib- oder Druckfehlers sei eine unbedeutende Sache, aber es könnte passieren, daß, wenn hier 117 Millionen bewilligt werden, der nicht genannte Verfasser einer Berichtigung im Reichsanzeiger behauptet, daß das Komma 3 Stellen zu sehr nach links geraten sei und die Summe entsprechend erhöht. Es kann zugegeben werden, daß die reaktionäre und redaktionelle Mehrheit des Reichstages die Absicht hatte, 3 und 4 statt 2 und 3 im § 138 der Gewerbeordnung zu sagen. Wir haben den Herren ja gleich gesagt, daß in ihren Anträgen, wie sie die sogenannte Verschlechterungskommission Gutfleisch-Stumm stellte, ihre ganze Unklarheit zum Ausdruck käme. Sie wollten so thun, als gäben sie Arbeiterschutz und sie brachten uns doch nur Arbeitertrutz. Bei der Zusammenstellung der Beschlüsse ist das Versehen vorgekommen, das eine gewisse Verbesserung für die Arbeiterinnen darstellt. Eine ganze Reihe derselben wurde dadurch von der Arbeit bis spät in den Sonntag hinein befreit. Das Versehen der Mehrheit ist von den Kommentatoren sehr bald bemerkt worden und es sind rein juristische Kontroversen über die Auslegung des Paragraphen entstanden. Diese interessieren uns hier nicht. Es handelt sich hier um die Publikation eines Gesetzesentwurfs, bei dem man nach 7 Jahren einen Irrtum entdeckt. Diese einfache Berichtigung im Reichsanzeiger ist verfassungswidrig und kann böse Konsequenzen haben. Unsere Geschäftsordnung enthält nicht durch Zufall die Bestimmung, daß jede Gesamtabstimmung in der dritten Beratung verschoben werden muß, wenn Aenderungen in der 3. Beratung noch vorgenommen worden sind. Hierdurch sollen Irrtümer verhütet werden. Was aber einmal beschlossen ist, das bleibt Gesetz. Gerade in der heutigen Zeit haben wir besonderen Grund, vorsichtig zu sein, denn man versucht ja allenthalben das Recht des Reichstages zu beschneiden. Eine solche Beschneidung unseres Rechtes liegt auch in der anonymen Berichtigung vor. Wir dürfen uns eine solche Mißachtung des Reichstages nicht gefallen lassen. Auch das Recht des jeweiligen Monarchen wird durch eine solche Berichtigung verletzt. Wie kommt der nicht genannte Berichtiger dazu, das, was der Kaiser auf Grund seiner Pflicht nach Art. 17 der Verfassung als Gesetz publiziert hat, hernach in irgend einem Teile als falsch zu erklären. Veranlaßt ist die Berichtigung offenbar durch die Verordnung des Bundesrats über die Arbeiterinnen in Konservefabriken. Wollte man formell und spitzfindend juristisch vorgehen, so könnte man in dieser Verordnung des Bundesrats eine Aufforderung für die Polizeibehörde zum Ungehorsam gegen die Gesetze erblicken. (Heiterkeit.) Ich fürchte ja nun allerdings nicht, daß sich ein Staatsanwalt zu einer solchen Anklage finden wird, aber formell wäre er zweifellos im Recht. Ich bitte Sie, unserem Antrag möglichst einstimmig zuzustimmen im Interesse der Würde des Reichstages gegenüber den Prätensionen des Bundesrats. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Antrag **Stumm** (Reichsp.) **und Genossen** lautet: Der Reichstag wolle beschließen, unter Ablehnung des Antrags Auer nachträglich die Zustimmung zur Abänderung des § 138 der Gewerbeordnung, wie sie durch die Berichtigung im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist, zu geben.

Staatssekretär **Nieberding**: Die Frage ist rein staatsrechtlicher Natur. Veranlaßt ist die Berichtigung durch den Herrn Staatssekretär des Reichsamts des Innern. Die Meinung des Reichstages in dieser Frage kann nach den Verhandlungen nicht zweifelhaft sein.

Graf Posadowsky hat sich auch an Herrn v. Buol gewandt und dieser hat sich bei dem damaligen Referenten der Kommission, Herrn Hitze, erkundigt, daß die Dinge sich materiell so zugetragen haben, wie die Berichtigung angiebt. Daraufhin ist sie erfolgt. Es liegt schon ein Präcedenzfall bei der Militärstrafprozeßordnung, wo in einem Paragraphen die Limitierung der Strafe durch ein Versehen weggeblieben war. Herr Simson, der damals befragt wurde, eine parlamentarische und juristische Autorität, hat die damalige Berichtigung im Jahre 1873 für unbedenklich gehalten. Gegen den Willen der Regierung kommt in den Reichsanzeiger nichts hinein. Wir bitten Sie also, den Antrag Auer abzulehnen.

Abg. Freiherr **v. Stumm** (Reichsp.): Die Sache ist von Herrn Stadthagen stark aufgebauscht worden. Die Kommission Gutfleisch-Stumm hatte mit der ganzen Sache nichts zu thun, sondern der betreffende Passus befand sich in der Vorlage. Trotzdem halte ich es für richtig, daß sich die Kommission in solchen Fragen mit dem Reichstag verständigt. Deshalb empfehle ich Ihnen meinen Antrag.

Abg. **Dr. Spahn** (Zentrum): Herr Stadthagen hätte uns zur Zeit vor der dritten Lesung darauf aufmerksam machen müssen, wenn er den Fehler gemerkt hatte. (Abg. Stadthagen: Jawohl) Ich bin jedoch auch der Meinung, daß auch der Reichstag in solchen Fragen gehört werden muß und bin dafür, die Anträge der Geschäftsordnungskommission zu überweisen.

Abg. **v. Bennigsen** (natl.): Ich schließe mich diesem Antrag an. Der Präsident kann in solchen Fragen den Reichstag nicht vertreten. Durch Annahme des Antrags Auer ist der zu sich anerkannte Irrtum nicht einmal geändert. Die Kommission wird aussprechen müssen, daß solche Berichtigungen ohne Mitwirkung des Reichstages nicht erlassen werden dürfen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Ich protestiere gegen die Ansicht des Herrn Spahn, daß wir eine Verpflichtung gehabt hätten, auf den Irrtum aufmerksam zu machen. Wie kann der Präsident dieses Reichstages entscheiden, was ein früherer Reichstag gewollt hat. Ja hätten Sie die Berichtigung gleich gemacht, dann hätten Sie den vorigen Reichstag wohl zur Annahme bewogen.

In diesem Reichstag, hoffe ich, wird die Verschlechterung des § 138a keine Mehrheit finden. Der Antrag Stumm ist geschäftsordnungswidrig; dem Antrag Spahn widersetze ich mich nicht, obwohl ich ihn für überflüssig halte.

Staatssekretär **Nieberding** konstatiert, daß alle Parteien mit Ausnahme der äußersten Linken die Berichtigung für materiell richtig halten.

Abg. **Spahn** (Zentr.) hofft, daß die Geschäftsordnungskommission eine Form finden wird, auf Grund deren eine Verständigung mit der Regierung erfolgt.

Abg. **v. Bennigsen** (natl.): Dem Reichstag liegt daran, daß er an der Abänderung formell mitwirkt. Sache der Kommission wird es sein, die richtige Form zu finden.

Die Anträge Auer und Stumm werden durch einstimmigen Beschluß der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Es folgt der Etat des **Auswärtigen Amts.** Auf eine Anfrage des Abg. **Richter** erwidert

Ministerialdirektor **Reichardt**, daß über einen neuen Handelsvertrag mit England zur Zeit noch Verhandlungen schweben, und

Staatssekretär **v. Bülow**, daß der Vertrag zwischen Deutschland und China am 6. dieses Monats in Peking unterzeichnet und vorgestern von Tientsin nach Deutschland abgesandt ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980331-18/fragment/page=0001

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) [auf der Tribüne durchaus unverständlich] bringt die Angelegenheit eines im Ausland lebenden Deutschen, der dort verletzt worden ist, zur Sprache.

Unterstaatssekretär Frhr. **v. Richthofen** stellt eine Untersuchung des Falles in Aussicht.

Auf eine Anfrage des Abg. **Pauli** erwidert

Unterstaatssekretär Frhr. **v. Richthofen**, daß die Gebr. Dennhard durch die Abtretung von Witu an England geschädigt worden sind; die Verhandlungen über die Entschädigung seien aber noch nicht zum Abschluß gekommen.

Abg. **Werner** (Antis.) nimmt sich der Gebr. Dennhard an. Die Abtretung von Witu haben alle patriotischen Männer ebenso bedauert, wie den Eintausch von Helgoland.

Abg. **Lieber** (Zentr.): Wir rechnen uns auch zu den patriotischen Männern, haben aber den Eintausch von Helgoland mit Freuden begrüßt. (Heiterkeit.)

Damit ist der Etat des Auswärtigen Amts erledigt, ebenso der Kolonialetat.

Hierauf vertagt sich das Haus

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).

Schluß 5 Uhr.

Tagesgeschichte.

Die Wählerlisten für die Reichstagswahlen sollen bereits ab 6. oder 8. Mai ausliegen, da bis zu diesem Zeitpunkte der Reichstag seine Arbeiten beendet hat. Nach den Osterferien wird er nur noch die wegen Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs notwendigen Justizgesetze, sowie den Nachtragsetat erledigen und sodann geschlossen werden. Die Wahlen werden, wie das Bureau Hirsch aufs neue versichert, zwischen den 15. und 30. Juni stattfinden. Nun kann der Kampf beginnen. An die Arbeit, Genossen!

Der Reichstag wird voraussichtlich heute, Mittwoch, mit der dritten Beratung des Etats zu Ende kommen und alsdann bis zum 26. April in die Osterferien gehen. Nachher sollen dann noch die Justizgesetze, die Militärstrafprozeßreform und der Nachtragsetat erledigt werden.

Die ländliche Arbeiterfrage spielte in der Dienstags-Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses eine gewichtige Rolle. Wie dieses reaktionärste aller Parlamente diese Frage erörterte, geht aus dem Berichte hervor. Die Debatte gab dem Zentrumsabgeordneten Szmula Gelegenheit zu heftigen Vorwürfen gegen die Regierung, weil diese die bereits vor Wochen eingebrachte Interpellation des Zentrums über die ländliche Arbeiter- und Gesindenot immer noch nicht beantwortet hat. Bekanntlich hat die Regierung damals erklärt, sie müsse erst weitere Berichte einholen und könne erst, wenn diese vorliegen, zu der Frage Stellung nehmen. Inzwischen sind nun die Berichte wohl eingegangen, denn der Minister erklärte sich am ersten Tage nach den Osterferien, am 19. April, zur Beantwortung der Interpellation bereit. Das genügt aber dem Zentrumsagrarier Szmula nicht, ihm scheint jede Stunde, in der er an der Ausbeutung der Landarbeiter gehindert, eine verlorene zu sein, und er drängt deshalb die Regierung zu schleunigen Maßnahmen in der von ihm gewünschten Richtung. Recht erbaulich war es, mit anzuhören, wie er der Regierung vor Augen hielt, daß sie den Landwirten, die gestern im Reichstage die die Landwirtschaft schädigende Marinevorlage angenommen haben, zu Dank verpflichtet sei und ihnen deshalb mehr als bisher entgegenkommen müsse. Die Kosten für dieses „Entgegenkommen" haben natürlich die Arbeiter zu tragen, sei es, daß die notwendigsten Lebensmittel den Agrariern zuliebe noch mehr verteuert werden, sei es, daß der Wunsch der Agrarier auf möglichste Ausbeutung fremder Arbeitskräfte erfüllt und so der Lohn der heimischen Arbeiter heruntergedrückt wird.

Wie der Abg. Szmula im Interesse der Agrarier, so verlangte der Abg. Möller (natl.) im Interesse der Großindustrie des Westens Aufhebung oder Milderung der Bestimmungen über den Aufenthalt polnischer Arbeiter. Zum mindesten forderte er Ausnahmebestimmungen für bestimmte Industriezweige. So offen wie heute ist das Evangelium der Ausbeutung fremder Arbeiter selbst von diesem Typus eines kapitalistischen Unternehmers noch niemals gepredigt worden.

Die lex Arons hat die Kommissionsberatung jetzt passiert. Nach Ostern wird das preußische Abgeordnetenhaus sie zweifellos in der Gestalt annehmen, die sie jetzt erhalten hat. Die Kommission hat ihre Aufgabe natürlich nicht darin gesehen, das Knebelgesetz gegen die Privatdozenten zu mildern, sie hat es vielmehr in einem wesentlichen Punkte verschärft. Ein neuer Paragraph 1a ist hinzugefügt worden, wonach die zur Einleitung der Disziplinaruntersuchung ermächtigte Behörde — in diesem Falle der Unterrichtsminister und die Fakultät — ermächtigt ist, bei der Einleitung einer Disziplinaruntersuchung den Beamten, also hier den Privatdozenten, bis zur rechtskräftigen Entscheidung zu suspendieren. Der Minister erhält also das Recht, die Vorlesungen eines mißliebigen Privatdozenten, gegen den er disziplinarisch vorgeht, ohne weiteres zu sistieren. Wie die Entscheidung in einem Disziplinarverfahren also auch ausfallen mag, zunächst wird der Privatdozent am Lesen verhindert. Er muß seine Thätigkeit an der Universität einstellen, kein Ersatzmann setzt seine Vorlesungen fort, seine Zuhörer verlaufen sich, und er muß, selbst wenn er freigesprochen wird, wieder von vorn anfangen. Freilich, die Aussichten auf ein günstiges Urteil sind sehr minimal; bilden doch die Kollegen des Ministers, der das Verfahren gegen ihn veranlaßt hat, die oberste Instanz. Die administrative Willkür, der die Privatdozenten ausgeliefert werden sollen, tritt durch diese Bestimmung im Gesetz noch schärfer und unzweideutiger hervor.

Nun endlich. Nach dem Beschluß des Bundesrates vom 28. März soll im Reichshaushaltsetat für 1899 die Erhöhung der Gehälter der Postunterbeamten und der Landbriefträger vom 1. April ab entsprechend den Resolutionen des Reichstages eingestellt und deren Bewilligung durch den Reichstag beantragt werden. Das Anfangsgehalt der Postunterbeamten soll danach von 800 auf 900 Mk., das Endgehalt der Landbriefträger von 900 auf 1000 Mark erhöht werden.

Chinesisches. Die „Pachtung" Rußlands wurde am Sonntag offiziell durch die Unterzeichnung des Vertrags sanktioniert. Die chinesische Garnison wurde aus Port Arthur und Talienwan zurückgezogen, russische Truppen landeten daselbst und über die beiden Plätze weht von jetzt ab die russische Flagge. Wenn das Aufteilen Chinas so schnell vor sich geht, wie im letzten halben Jahre, dann wird in 10 Jahren nicht viel mehr von China zu sehen sein.

Der Kaiser hat bei der Tafel am Montag, zu der Admiral Tirpitz und sämtliche am Flottengesetz beteiligten Marineoffiziere geladen waren, in einer Tischrede seiner besonderen Genugthuung und Freude über die Annahme des Gesetzes Ausdruck gegeben. Admiral Tirpitz ist zum preußischen Minister ohne Portefeuille ernannt worden, was ein Gehalt von 36 000 Mark statt der bisherigen 24 000 bedeutet. Die anderen Marineoffiziere haben Orden erhalten.

Das fällige Bahnunglück passierte Dienstag morgen gegen 9 Uhr im Bahnhof Ihehoe. Bei der Einfahrt des gemischten Zuges entgleisten zwei Personenwagen und wurden erheblich beschädigt. Eine Dame erlitt eine Quetschung der rechten Hand.

Ein vorzügliches Geschäft macht der frühere Oppelner Regierungspräsident, der jetzige Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, Herr Dr. v. Bitter. Nach Zeitungsnachrichten, die trotz eines Dementiers verluches in der Schles. Zeitung sehr sicher auftreten, hat Bitter die Regierer sat und wird — Bankier, d. h. er tritt als Teilhaber oder dergl. in die Bankfirma Bleichröder in Berlin ein, wo sein bloßes Gehalt **100000 M.** jährlich betragen wird.

Als „Abfindungssumme" für die aufzugebende staatliche Pensionsberechtigung erhält er 300 000 M.! Die Herren verstehen es, sich Geld zu machen!

Oberbürgermeister-Kandidaten für Berlin. Für den zum 1. Oktober frei werdenden Posten wird Herr Kämpf, Direktor der Darmstädter Bank, genannt. Der zweite Bürgermeister, Herr Kirschner, soll wenig Aussicht haben, weil man in Bezug auf sein Verhalten zu den oberen Regionen nicht recht mit ihm zufrieden ist.

Zur Höflichkeit gegen das Publikum fordert der Minister des Innern die Polizeiorgane in Kiel in einem Tagesbefehle auf. Sie sollten weise Zurückhaltung bei Sistierungen beobachten. Auch die staatlichen und kommunalen Behörden sollten im friedlichen Einverständnis mit einander leben. — Wir glauben, sagt dazu die Berliner Volkszeitung, daß derartige Ermahnungen in zahlreichen Polizeiakten enthalten sind, sowie es zahlreiche Verfügungen gegen den Luxus der Offiziere, gegen das Duell, gegen das Spielen, gegen die Soldatenmißhandlungen ꝛc. giebt. Sie sind alle gleich gut gemeint.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde Genosse Gücke in Groß-Ottersleben im Reg.-Bez. Magdeburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er bei einem Kaiserhoch sitzen geblieben ist. Dieses Urteil ist wieder eines derjenigen, welche dem Rechtsbewußtsein des Laien unverständlich sind.

Ausland.

Amerika. Zur Maine-Katastrophe. Dem Kongreß der Vereinigten Staaten ist am Montag der Bericht der Untersuchungskommission vorgelegt worden. Zugleich ging dem Kongreß eine Botschaft des Präsidenten Mc Kinley zu. Diese wirft zunächst einen Rückblick auf den Verlauf der Angelegenheit und den freundschaftlichen Meinungsaustausch, der zu dem Besuche der „Maine" in Habana und der „Viscaya" in New-York führten, und weist auf die gute Wirkung hin, welche diese Wiederaufnahme des Austausches freundschaftlicher Besuche gehabt hatte. Der Bericht selbst zerfällt in acht Abschnitte. Die Schlußfolgerungen der Kommission sind folgende:

1. In dem Augenblick, in welchem die Explosion stattfand, befand sich das Schiff in Fahrwasser von sechs Faden Tiefe. — 2. Die Disziplin an Bord war ausgezeichnet, der Zustand der Stauung vorschriftsmäßig, die Temperatur in den Pulverkammern um 8 Uhr eine normale mit Ausnahme der hinteren, für 10zöllige Kanonen bestimmten Pulverkammer, was aber nicht die Explosion verursachte. 3. Die Explosion fand 9 Uhr 40 Min. abends statt; es erfolgten zwei Explosionen mit sehr kurzer Zwischenzeit. Bei der ersten Explosion wurde das Schiff in die Höhe gehoben. 4. Die Kommission kann sich über die Aussage der Taucher betr. die Wrackberreste keine definitive Ansicht bilden. 5. Es geht aus den technischen Schilderungen, welche sich auf die Wrackberreste beziehen, hervor, daß eine Mine unter See an Backbord explodierte. 6. Die Explosion ist nicht durch irgend ein Versehen der an Bord befindlichen Personen verschuldet worden. 7. Die Ansicht der Kommission geht dahin, daß die Explosion einer Mine die Explosion zweier Pulverkammern verursachte. 8. Die Kommission erklärt, keine Beweise finden zu können, um eine Verantwortlichkeit festzustellen. Die Mitglieder der Kommission sind in ihren Entschließungen einer Ansicht. Der Bericht erwähnt Spanien oder die Spanier mit keinem Worte.

Sowohl vom Senat als vom Repräsentantenhause wurden die Botschaft und der Kommissionsbericht ohne Debatte an den Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten verwiesen.

Eine friedliche Verständigung zwischen den rivalisierenden Mächten ist jedoch bereits angebahnt. In Madrid hatte der amerikanische Gesandte Woodford Montag abend mit dem Minister des Aeußern eine Besprechung, bei welcher er diesem einen Auszug aus dem amerikanischen Bericht über die „Maine"-Katastrophe übergab. Dienstag sollte zwischen Woodford und den Ministern des Aeußeren und der Kolonien und dem Minister-Präsidenten eine weitere Konferenz stattfinden. Nach einer Meldung des New-York-Herald aus Madrid soll der amerikanische Gesandte Woodford die Ueberzeugung ausgedrückt haben, daß ein ernsthafter Friede zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten unverzüglich hergestellt sein werde.

Zur Wahlbewegung.

Die Vertrauensmänner der nationalliberalen und konservativen Partei des Reichstagswahlkreises **Ottweiler St. Wendel-Meisenheim** beschlossen an Freiherrn v. Stumm festzuhalten und ihn um die Wiederannahme der Kandidatur zu ersuchen. Eine dahingehende Resolution wurde an ihn abgeschickt. Hoffentlich bleibt der Scharfmacher auch dem zukünftigen Reichstage erhalten. Wir Sozialdemokraten würden es wirklich sehr bedauern, wenn wir einen so guten „Agitator" für die Arbeitersache verlieren würden.

Im 5. **Berliner** Reichstagswahlkreis hat die Freisinnige Volkspartei den Schulinspektor Zwick als Kandidaten aufgestellt.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 30. März 1898

* **Zu einem neuen Schlage** holen die hiesigen Apotheken gegen die vereinigten Ortskrankenkassen aus. Wir berichteten seiner Zeit, daß bislang sämtliche Apotheken den Krankenkassen einen Rabattsatz von 25 Prozent zubilligten. Ferner war in dem Einkaufe von Handverkaufsartikeln, wie Salbe, Watte ꝛc., eine Beschränkung nicht auferlegt, so daß viele kleinere Artikel in den Drogueugeschäften gekauft wurden, weil die Apotheken auch hierfür einen höheren Berechnungs-

Gottlieb Adler und Sohn.

Aus dem Polnischen des B. Prus von J. Land.

6] [Nachdruck verboten.]

„Na, na," unterbrach ihn der Alte, „was bist Du denn, doch ein Deutscher?"

„Ich? Ich bin ein Mensch, Kosmopolit — Weltbürger."

Daß sein Sohn sich Kosmopolit nannte, daß kümmerte den alten Adler sehr wenig, daß er aber von den Deutschen so verächtlich sprach, das verdrückte ihn unangenehm.

„Mein lieber Ferdinand," sagte er, ich dachte, daß die von einem Deutschen verdienten siebzigtausend Rubel, die Du ausgegeben hast, Dir etwas Verstand beigebracht hätten."

Der Sohn warf die Zigarre in den Aschenbecher. „Ach, Du bist köstlich, Papa! Hole der Teufel die Deutschen mit ihrer Küche; sie haben keine Ahnung von der Gastrosophie! Die ist die Wissenschaft des Jahrhunderts!"

„Verrückter Kerl, hörtest Du denn auf, ein deutscher Patriot zu sein?" fragte der Alte.

„Ich," erwiderte Ferdinand mit affektiertem Ernst, „ich bin hier Pole, polnischer Industrieller; unter Deutschen bin ich polnischer Edelmann, Adler von Adlershof, und unter Franzosen bin ich Republikaner und Demokrat."

So fiel das erste Gespräch zwischen Vater und Sohn aus, das waren die geistigen Errungenschaften, die Ferdinand um siebzigtausend Rubel im Ausland erworben. —

Noch am selben Tage fuhren beide zum Pastor Böhme. Adler stellte ihm seinen Sohn als einen reuigen Sünder vor, der zwar viel Geld verlor, dafür aber vieles lernte.

Der Pastor umarmte zärtlich seinen Täufling und ermahnte ihn, er möge sich seinen Sohn Joseph zum Muster nehmen, der immer arbeite und in der Arbeit Glück und Zufriedenheit finde.

Ferdinand erwiderte, er sehe sehr wohl ein, daß nur die Arbeit dem Menschen eine Existenzberechtigung gebe, gab zu, bisher leichtsinnig gewesen zu sein, entschuldigte das aber damit, daß er seine Jugend unter den Polen verlebt, die doch allgemein den Ruf leichtsinniger und unüberlegter Leute hätten. Sein Ideal seien jetzt die Engländer, die er wegen ihrer Arbeitslust und ihres Fleißes sehr pries.

Der alte Adler war erstaunt ob diesen Ernstes, der Aufrichtigkeit und Ueberzeugungsfestigkeit seines Sohnes, und Böhme gab zu, daß die Besserung Ferdinands, die sich im Ausland anscheinend vollzog, mehr als siebzigtausend Rubel wert sei.

Nach einiger Zeit setzte sich der Pastor mit seiner Frau und seinem Freunde zu Tische; man trank eine Flasche Wein und sprach von den Kindern.

„Weißt Du, Gottlieb," sagte Böhme, „ich beginne, Deinen Ferdinand zu bewundern. Aus diesem Taugenichts ist, wie ich sehe, ein wahrer Mann geworden. Er denkt sehr vernünftig, hat gesunde Ansichten . . ."

„O ja," versetzte die Frau Pastor, „er erinnert jetzt ganz an unsern Joseph. Erinnerst Du Dich, Martin, wie der voriges Jahr unter den Ferien da war, da schwärmte er ebenso von den Engländern."

Ferdinand ging inzwischen mit Anna, der schönen achtzehnjährigen Tochter des Pastors Böhme, im Garten spazieren. Beide kannten sich von Kind auf. Sie unterhielten sich eine Stunde vielleicht, da es aber noch immer sehr heiß war, bekam Anna heftige Kopfschmerzen und mußte sich auf ihr Zimmer zurückziehen, und Ferdinand kehrte zur Gesellschaft zurück. Er sprach jetzt sehr wenig und war sichtlich schlecht gelaunt, was aber niemand wunderte, da ihm doch selbstverständlich die Gesellschaft eines schönen, jungen Mädchens angenehmer sein mußte als die der alten Leute. —

Als die Adlers nach Hause zurückkehrten, sagte Ferdinand dem Vater, er müßte morgen nach Warschau fahren.

„Wozu?" schrie der Alte. „Ist Dir denn nach achtzehn Stunden schon das Haus zum Ekel geworden?"

„O nein, vergiß aber nicht, daß ich mir Wäsche und Kleider kaufen muß und einen neuen Wagen, in dem ich Besuche abstatten kann."

Dies alles überzeugte aber den Vater nicht. Er sagte, einen Wagen würde er bei einem bekannten Fabrikanten schon selbst besorgen; Wäsche und Kleider könnte man auch brieflich bestellen, und es würde genügen, wenn man einen Anzug und ein Hemd nach Warschau als Größenmuster schickte.

Ferdinand ließ aber nicht ganz von seiner Ansicht ab. Wenn schon nicht nach Warschau, so wollte er wenigstens in das nächstgelegene Städtchen fahren, um sich die unumgänglich notwendigen Sachen dort anzuschaffen. Und er fuhr auch wirklich am nächsten Tage schon um zehn Uhr früh fort.

Kurz nachher erschien im Arbeitszimmer des alten Adler Pastor Böhme. Er war ungewöhnlich aufgeregt. „Ist Dein Ferdinand da?" rief er, sobald er ins Zimmer trat.

Adler erstaunte; er bemerkte, daß Böhmes Stimme zitterte. „Was willst Du von meinem Ferdinand?" fragte er.

„Er ist ein Lump, ein Pharisäer! . . . Weißt Du, was er gestern meiner Anna sagte?"

Der Fabrikant schaute ihn fragend und erstaunt an.

„Eine Frechheit!" fuhr Böhme weiter fort, „eine Unanständigkeit sondergleichen!"

„Aber was ist denn geschehen, Martin?" fragte Adler. „Was sagte eigentlich Ferdinand?"

„Er sagte . . . sie soll . . . das Fenster ihres Zimmers ihm in der Nacht öffnen!"

Von Dingen, die mit seinem Geschäft in keinem Zusammenhang standen, verstand Adler nicht viel; sein Herz konnte den dem jungen Mädchen angethanen Schimpf nicht mitempfinden. So viel begriff er aber sofort, daß, wenn Anna der Rat seines Sohnes befolgt hätte, dieser sie dann hätte heiraten müssen. Ja, heiraten! Das stand bei Adler fest, einen andern Ausweg aus einer solchen Affaire sah er nicht.

Also etliche Stunden nach seiner Heimkehr und etliche Minuten nach solch einer brillanten Rede über Besserung beging Ferdinand eine Unvorsichtigkeit, die er eventuell durch die Heirat mit der Tochter des Pastors hätte büßen müssen. Er, der Sohn des Millionärs mit der Tochter des armen Pastors. Er, der doch an der Seite seines Vaters genießen sollte, wild und toll!

Böhme war schon längst beruhigt, als Adler sich erst zu ärgern begann; im alten Weber erwachte der Tiger.

„So ein Bengel; vor einer Woche zahle ich für ihn fünfzigtausend Rubel, und heut macht er mir solche Geschichten!" Er hob beide Arme und schwang dieselben ähnlich wie Moses im Moment, als er die Steintafeln an den Köpfen der Anbeter des goldenen Kalbes zerschmette. ꝛc. „Mit einem Stock werde ich den Burschen durchprügeln."

Als Böhme Adlers Aufregung wahrnahm und befürchten mußte, daß er wirklich zum Stocke greifen würde, der in seinen Händen bedenkliche Folgen haben könnte, da glaubte er, seinen Freund ein wenig besänftigen zu müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980331-18/fragment/page=0002

modus haben. Nun erklärten vor längerer Zeit die Apothekenbesitzer, daß sie ab 1. April nur noch 10 Proz. Rabatt gewähren wollen, daß ferner sämtliche Handverkaufsartikel nur in Apotheken geholt werden dürfen und daß endlich in der Wahl der Apotheken eine Beschränkung auf einzelne nicht stattfinden darf. Zu diesen Forderungen nahmen die vereinigten Ortskrankenkassen Stellung und konnten sich mit dem Ansinnen der Apotheken durchaus nicht einverstanden erklären. Dieser Tage nun holten die Apotheker zu einem neuen Streiche aus. Sie beschlossen, daß sie in Zukunft nur gegen bar abgeben wollten, wenn etwa seitens der Ortskrankenkassen der Versuch gemacht würde, den Bedarf von Medikamenten nur auf einzelne Apotheken zu beschränken und wenn ferner die Handverkaufsartikel nicht sämtlich von den Apotheken entnommen werden würden. Sie verpflichten sich gleichzeitig gegen sehr hohe Konventionalstrafe — man spricht von 10000 Mark —, nichts von diesen Forderungen nachzulassen. Darob herrscht in den Reihen der Ortskrankenkassen-Mitglieder begreifliche Erregung über ein derartiges schroffes Vorgehen. Die Vorstände der vereinigten Ortskrankenkassen werden in den nächsten Tagen hierzu Stellung nehmen. Man fragt sich allgemein, wie es die Apotheker wagen können, solch starke Forderungen an eine Körperschaft, wie die vereinigten Ortskrankenkassen, zu stellen, die eine Mitgliederzahl von nicht weniger als 17000 repräsentieren. Dazu kommen die freien Hilfskassen, die ca. 6000 Mitglieder zählen, ferner die Frauen und Kinder der sämtlichen Mitglieder, macht eine Personenzahl von ca. **40000**, die durch diese Maßregel schwer betroffen würden. Denn es ist ja klar: Geben die Krankenkassen den Ansinnen der Apotheker nach, müssen entweder die Beiträge erhöht oder die Unterstützungen gekürzt werden. Und die hallenschen Krankenkassen leisten wahrlich an Unterstützung nicht zu viel, als daß hier eine Kürzung vorgenommen werden könnte. Allerdings wissen die Apotheker sehr gut, daß sie staatlich konzessionierte Geschäfte haben und daß ihnen auf dem Wege der Konkurrenz nicht beizukommen ist; daher auch die hohen Konventionalstrafen, wenn etwa einer von ihnen etwas gemäßigter in seinen Forderungen werden sollte. Nun, wir werden ja sehen, wie sich die Angelegenheit weiter entwickelt. Jedenfalls wird eine größere Versammlung der Krankenkassenmitglieder zu dem Verlangen der Apotheker Stellung zu nehmen haben.

* **Achtung, Schneider!** Wegen Tarif-Differenzen ist der Zuzug nach Dessau fernzuhalten. Ueber die dortige Firma Beyber ist die Sperre verhängt. Auch in Leipzig dauert der Streik unverändert fort. Der Stand der Bewegung ist ein sehr guter. Es haben, wie in der Versammlung vom Montag mitgeteilt wurde, bereits 67 Firmen die Forderungen bewilligt. Bei diesen 67 Firmen arbeiten 510 Schneider. 420 befinden sich noch im Ausstand.

* **Achtung, Schlosser und Dreher!** Zuzug nach Leipzig ist infolge ausgebrochener Differenzen — es handelt sich um Lohnreduzierung — in der Swidersky'schen Fabrik zu vermeiden.

* **Herr Stärkefabrikant Schmidt** sendet uns folgende Zuschrift:

Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme nachstehender Berichtigung:

In der gestrigen Nummer Ihrer Zeitung berichten Sie unter der Spitzmarke „Also doch" — angeblich nach einem Bericht des Braunkohlen-Industrie-Vereins in der Hallenschen Zeitung —, der mir jedoch bis heute noch nicht zu Gesicht gekommen ist, daß ich als Mitglied des Provinzial-Landtages in Merseburg gegen die Kanalvorlage gestimmt hätte und knüpfen hieran allerlei adäquate Bemerkungen.

Ohne auf dieselben einzugehen, konstatiere ich, daß ich den Antrag Schneider, betr. die Erbauung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals, mit unterzeichnet und bei Beratung desselben im Plenum, gleich meinen hallenschen Herren Kollegen, dafür gestimmt habe.

C. A. Schmidt.

Es ist allerdings sehr merkwürdig, daß Herr Schmidt erst jetzt, nachdem wir uns der Sache bemächtigt haben, sich zu einem Dementi aufschwingt. Daß Herrn Schmidt der Bericht des Braunkohlen-Industrie-Vereins bis heute noch nicht zur Kenntnis gekommen ist, beweist bloß, daß Herr Schmidt die hiesige Presse nicht mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, denn sonst müßte er doch mindestens Kenntnis von den Vorkommnissen haben, die seine Person betreffen. Wir erklärten ausdrücklich in unserer gestrigen Notiz, daß wir fünf Tage gewartet haben, ehe wir zu seiner Abstimmung Stellung nahmen. Wir haben ihm also vollauf Zeit gelassen, sich über den Bericht des Braunkohlen-Industrie-Vereins in der Hall. Ztg., — der übrigens ca. 80 Druckzeilen groß ist, also nicht so leicht übersehen werden kann — zu äußern. Wenn er das nicht gethan, so ist es seine Schuld und er hat wirklich keinen Anlaß, sich über unsere gestrige Kritik zu beschweren.

* **Aus Hunger** einen Ohnmachtsanfall bekommen hat am Montag ein armer Reisender in der Raffineriestraße. Man schaffte ihn nach der Polizeiwache und als er sich etwas erholt hatte, begab er sich nach der Herberge. Wer weiß, wie lange der arme Mensch sich nicht satt gegessen hat. Aber es ist schon so: die einen wissen nicht, was sie essen sollen, weil sie die Auswahl zu groß haben, die anderen wissen zwar auch nicht, was sie essen wollen, aber lediglich deshalb, weil — sie nichts haben. So will es unsere göttliche Weltordnung!

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Am Donnerstag gelangt eine Novität von Paul Lindau, „Der Abend" betitelt, zur ersten Aufführung. Da das Werk den Abend nicht füllt, geht nachher noch das Ballett „Weingeister" in Szene. Die Vorstellung findet im Farben-Abonnement und zu Schauspielpreisen statt.

* **Aus dem Bureau des Thaliatheaters.** Johann Strauß' Meisterwerk, die Operette „Die Fledermaus", wird am Donnerstag abend 8 Uhr zur Aufführung kommen. Die Besetzung ist dieselbe wie gelegentlich der Aufführungen im Stadttheater.

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters.** Im Walhallatheater findet morgen (Donnerstag) der Schluß des gegenwärtigen Spielplans statt.

Eisleben. Arbeiterrisiko. Der Fördermann Kanowka geriet auf dem Freieslebener Schachte unter einen Eisenbahnwagen. Der Unglückliche, dem ein Bein über dem Knie abgenommen werden mußte, da es zerschmettert war, starb kurz nach seiner Entlieferung ins Hettstedter Knappschaftskrankenhaus.

Eisleben. Erderschütterungen und kein Ende. Am Sonntag früh zwischen 4 und 7 Uhr haben heftige Erderschütterungen stattgefunden. Um 10½ Uhr platzte, jedenfalls infolgedessen, ein Rohr der Wasserleitung, und ein mächtiger Strom brach hervor. Montag morgens 2 Uhr platzte ein weiteres Rohr in der vorderen Siebenhitze.

Nordhausen. Erschossen hat sich in einem Anfall von Schwermut der Werkmeister Müller. Er war schon jahrelang krank und litt sich, da er zum Laufen zu schwach war, den Revolver von seinem 5jährigen Kinde reichen.

Eisdorf. Von einer wild gewordenen Kuh wurde ein sie aufhaltender Knecht derart gestoßen, daß er sofort hinfiel und jedenfalls bedeutende innere Verletzungen erlitten hat.

Grenzen. Beim Holzhacken rutschte einer Frau infolge Umkippens des Klotzes das Beil aus und fuhr ihr in den Schenkel und zwar dermaßen, daß derselbe ziemlich stark verletzt wurde.

Neudorf. Einen gefährlichen Sturz erlitt der Arbeiter Vorwinkel. Er brach auf dem Boden durch den Verschlag durch und stürzte 3 Meter hoch herunter, wobei er sich den linken Unterschenkel brach.

Mühlberg a. d. E. Am Sonntag, den 27. März, fand im Saale des „Preußischen Hof" eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Frau Rodrlack-Berlin in einer 1½stündigen Rede zu dem Thema: „Warum fordern die proletarischen Frauen politische Rechte" sprach. Die Rednerin zeichnete in großen Zügen ein Bild der gegenwärtigen politischen Verhältnisse, und ging speziell auf die politische und rechtliche Stellung der Frau ein welcher Beifall folgte dem ausgezeichneten Vortrage. Eine dem Vortrage entsprechende Resolution wurde angenommen. Die Versammlung war gut besucht.

Aus dem Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 29. März.

Mißhandlungen Geisteskranker wurden den 3 Krankenwärtern Alwin Löffler, geb. in Roda, Kreis Zeitz, 27 Jahre alt, Hermann Lehmann, geb. in Trosa, Kreis Köthen, 25 Jahre alt, und Zeitz Gebauer, geb. in Jakobine, Kreis Oschatz, 23 Jahre alt, zur Last gelegt. Die drei bisher Unbestraften waren früher in der hiesigen Universitäts-Nervenklinik als Wärter beschäftigt und sollen in der Zeit vom 20. bis 24. September v. J. die ihrer Obhut anvertrauten Kranken mißhandelt und dadurch ihre Berufspflicht verletzt haben. Nach den vorgeschriebenen Verhaltungsmaßregeln sollen sich die Krankenwärter aller harten Behandlung der Patienten enthalten; insbesondere ist es ihnen strengstens untersagt, die Kranken zu mißhandeln. Trotzdem waren aber Kranke gepufft, rechts und links um die Ohren geschlagen, am Barte gezupft und in das Bett geworfen worden, so daß man die Mißhandelten zuweilen laut schreien hören konnte. Der Angeklagte Gebauer bestritt, sich strafbar gemacht, Lehmann und Löffler dagegen geben zu, Kranke geohrfeigt zu haben; sie wollten aber durch die Kranken zuerst angegriffen sein. Dem Angeklagten Gebauer konnte nichts Belastendes nachgewiesen werden; bei den anderen beiden Angeklagten wurde aber durch Zeugen der Beweis der Mißhandlungen erbracht. Der Sachverständige Prof. Wollenberg erklärt, daß das Amt eines Krankenwärters bei Geisteskranken sehr schwierig sei und eine ungeheure Geduld erfordere; die Angeklagten seien aber bei ihrer Anstellung darauf hingewiesen worden. Daß die durch die Beweisaufnahme bekundeten Verstöße Mißhandlungen sind, sei zweifellos. Die Krankenwärter dürfen sich erst dann wehren, wenn sie durch die Kranken in lebensgefährdender Weise bedroht werden. Nach dem Geschehnis sind die Angeklagten von der Nervenklinik entlassen worden. Der Staatsanwalt sah die Angeklagten im Sinne des Gesetzes als Beamte an und beantragte gegen Löffler wegen Mißhandlung in 3 Fällen 2 Monate Gefängnis, gegen Lehmann und Gebauer in je einem Falle 30 Mk. bezw. 50 Mk. Geldstrafe oder entsprechende Freiheitsstrafe. Das Urteil lautete gegen Löffler auf 70 Mk. event. 14 Tage Gefängnis, gegen Lehmann auf 20 Mk. event. 4 Tage Gefängnis und gegen Gebauer auf Freisprechung.

Aus dem Reiche.

Berlin. In der Grünenthalschen Angelegenheit wird mitgeteilt, daß das Vorhandensein von Doppelnummern auf einigen Tausend- und Hundertmarkscheinen nunmehr konstatiert ist, d. h. es sind in der Reichsbank Scheine angehalten worden, deren Nummern schon einmal vorhanden sind. Ist hiermit freilich die Frage noch nicht entschieden, ob Grünenthal der Verfertiger und Verbreiter dieser Doppelnummern ist, so ist damit doch die unumstößliche Thatsache zu Tage gefördert, daß ein Münzverbrechen begangen worden ist.

Briefkasten der Redaktion.

Nr. 44, W. 1. Ist kein Grund zum Nichteinziehen, sobald nicht Leben oder Gesundheit gefährdet ist. 2. Ob baufälliger Zustand vorhanden, müssen Sie behördlicherseits feststellen resp. nachweisen lassen. Erst dann brauchen Sie nicht einzugehen.

K. Sie können ohne polizeiliche Erlaubnis vierspännig fahren.

G. K. Das nächste Hebammen-Lehrinstitut befindet sich in Wittenberg.

A. B. Ist Verjährung eingetreten. Der Arbeitgeber wäre bis zu 20 Mk. event. Haft bestraft worden.

„Genosse" E. Wollen Sie antwort haben, dann sprechen Sie persönlich vor.

Achttägiger Urlaub. Sie müssen erst angeben, welchen Beruf Sie haben, damit wir wissen, ob Sie unter die Gewerbeordnung fallen.

Abonnent J. D. Die Kündigungsfrist läuft am 3 eines jeden Quartals, nachts 12 Uhr, ab.

R. J., Hohenmölsen. Die Forderung Ihres Schwagers ist verjährt. Ihre Forderung können Sie jedoch noch einklagen, da dieselbe erst Mai v. J. verjährt.

Für die Redaktion verantwortlich: **R. Weißmann** in Halle.

Gardinenstangen, 50 Pf. u. 1 Mk.
Zuggardinen-Einrichtungen.
Gardinenrosetten. Spiegel u. Bilder.
empfiehlt
C. F. Ritter, Halle a. S.,
Leipzigerstraße 90.

Orts-Krankenkasse für Metall- und Holzarbeiter zu Halle a. S.
Dienstag den 5. April abends 8½ Uhr in Borcks Restaurant, Kurzegasse,
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über die Annahme der Rechnung des Vorjahres und Bericht der Revisoren. 2. Entlastung des Kassenführers u. Vorstandes. 3. Annahme des Vertrages mit einigen Aerzten der Umgegend. 4. Ersatzwahl eines Vorstandsmitgliedes. 5. Sonstiges.
Die von den Arbeitgebern sowohl, als auch die von den Kassenmitgliedern gewählten Vertreter wollen dazu erscheinen. **Der Vorstand.** J. V.: Gust. Forberg.

Cirkus Jansly
Wuchererstraße (Eingang Ahlsdorfstraße).
Sonnabend den 2. April abends 8½ Uhr
große Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
Näheres durch weitere Annoncen.

Was ist Schapirograph?
Schapirograph ist ein neuer, unübertroffener Vervielfältigungs-Apparat zur selbstständigen kostenlosen Herstellung von Drucksachen aller Art, sowie zur Vervielfältigung von Briefen, Aktenstücken, Zeichnungen, Noten, Plänen, Programmen 2c. 2c. in Schwarzdruck. Die Handhabung dieses Apparates ist für jeden Laien eine erstaunlich einfache, der Erfolg unausbleiblich und garantiert. Von einer mit Tinte auf Papier hergestellten Schrift oder Zeichnung erzielt man ohne Presse und ohne jede Chemikalien auf die einfachste Weise ca. 150 Abzüge innerhalb 15 Minuten. Ein Schapirograph für Quart und Folio kostet mit allem Zubehör nur Mk. 17,—. Zum Beweise, daß der Schapirograph der beste Vervielfältigungs-Apparat ist, sind wir bereit, denselben auf unsere Gefahr und ohne Bezahlung zum probeweisen Gebrauche für 5 Tage franko zu versenden und benutzen wir im Falle der Rücksendung keinerlei Entschädigung. *) Prospekt und Druckproben frei.
Hermann Kurwitz & Co., Berlin C., Klosterstr. 49.
Spezial-Geschäft für Patent-Artikel.

Gewerkschaftskartell Zeitz.
Freitag den 1. April
Sitzung.
Tagesordnung: 1. Statistik. 2. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Medizinischer
Leberthran
bei **E. Walther's Nachf.,**
Moritzzwinger 1 und Steinweg 26.

Stadt-Theater in Halle a. S.
Donnerstag den 31. März 1898
Abends 7½ Uhr.
93 Vorstell. 145 Abonn.-Vorstell.
Farbe: **weiß.**
Der Abend.
Schauspiel in 4 Akten von P. Lindau.
Hierauf:
Weingeister.
Freitag den 1. April 1898
Abends 7½ Uhr
194. Vorst. 146 Abonn.-Vorst.
Farbe: **rot.**
Der Rattenfänger von Hameln.
Oper in 5 Akten von R. E. Neßler.

Thalia-Theater.
Geiststraße 42a.
Donnerstag den 31. März
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Die **Alexander Newsky**-Gesellschaft (10 Personen), russische National-Gesangs- und Tanz-Gesellschaft. — **Oskar Meisters** „Lebende Photographien". (Hallesche Lokalbilder.) — Das **Lepicq-Trio**, Bravour-Luft Gymnastiker am fliegenden Trapez. — Das Trio **Mathias**, exzentrische Komödianten. — Der Miniatur-Clown **Herfurd**, Parterre-Gymnastiker. — Fräulein **Mizzi Braun**, Gesangs- und Kostüm-Soubrette. — Sisters **Romanos**, Gesangs-Terzett. — Herr **Karl Ewald Schlosser**, Original-Gesangs- und Charakter-Humorist.
Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Frdl. Schlafstelle Dryandenstr. 21, II r.

Weissenfels.
Apollo-Theater.
Gänzlich neuer Spielplan!
Vom 16.—31. März.
Fräulein **Elsa Rusinsky**, Soubrette. — **Luri-Luri**, genannt die roten Teufel. — **Austria-Truppe**, Wiener Walzer und Tänzer. — **Philipp Nickel**, Humorist. — **Brothers Crenses**, komisch akrob. Leiterakt. — **Renard-Trio**, Luft-Potpourri. — **Cambray und Arlon**, Unbewußte Augenblicke zweier Negerknaben. — **Routzesko**, rumänischer Jongleur.
Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr.

Zum Jahrmarkt!
Einem geehrten Publikum, sowie meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß sich meine **Schmalzkuchenbäckerei** schräg über der Polizeiwache befindet.
Hochachtungsvoll
Aug. Dönitz, Bäckermeister.

Reichenbachs Karussell spielt morgen, Donnerstag und Freitag zum Jahrmarkt auf dem Roßplatz und lädt das hochgeehrte Publikum und die liebe Jugend von Halle u. Umg. frdl. ein.

Wohnungs-Veränderung.
Bei meiner heutigen Abreise von Zeitz sage allen Freunden und Bekannten ein **Herzliches Lebewohl!**
Gleichzeitig empfehle mein Restaurant zur Saxonia in **Gera**, Teichstraße 4, einem geehrten Publikum zur gefälligen Benutzung.
Hochachtungsvoll
Wilh. Reinhardt.

ff. Schnittbohnen à Pfd. 15 Pf.
Für Wiederverkäufer billigst ein. empfiehlt
Bernhard Barth, St. Ulrichstr. 10.

Heute Mittwoch **Schlachtefest.**
Witwe **Böhme, Zeitz**, Leipzigerstr. 8.

Sämtl. Parteischriften
empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Leiterwagen, Schultornister, Kinderwagen,
nur neuste Muster in großer Auswahl zu enorm billigen Preisen empfiehlt
Mederake, Giebichenst., Burgstr. 65

Wäsche zum Plätten wird angenommen **Butzmann**, Saalberg 16.

Stufenleitern
empfiehlt **Gr. Märkerstraße 23.**

Plattbretter
billigst **Gr. Märkerstraße 23.**

2 Dachdeckergesellen sucht sofort für dauernde Arbeit Sund nloon 32 4, **Wilhelm Hartleben, Hohenmölsen**, Lützenstraße.

5—6 tüchtige Zimmerleute nach auswärts stellt ein **Frommann.** Robert Franzstr. 4.

Den verschiedenen Gerüchten zufolge, welche über unsern Kollegen Georg Schulze in Weißenfels im Umlauf sind, erklären wir, daß wir mit der Behandlung von seiten des Kollegen Schulze vollständig zufrieden sind, den Verbreiter dieser Gerüchte dagegen für einen grossen Lügner und Ehrabschneider erklären. Die von Weißenfels nach Finnland gereisten Schmacher, Oswald Diebel, Wilhelm Sißß, Richard Krause, Eduard Beer.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer guten Mutter, Groß- und Schwiegermutter **Friederike Hommel** sagen wir hierdurch allen denjenigen, welche ihren Sarg so reichlich mit Kränzen schmückten, unseren innigsten Dank. Dank dem Herrn Pastor Ullmann für die trostreichen Worte am Grabe und dem Hrn. Lehrer Ehrenberg für den erhebenden Gesang. Dank unseren werten Kollegen für die liebevolle Teilnahme bei dem Begräbnis. **Die trauernden Hinterbliebenen**
Reideburg, den 30. März 1898.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980331-18/fragment/page=0003

Verein deutscher Schuhmacher, Weißenfels.

Sonnabend den 2. April

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Das Vorgehen des Gewerkvereins. 2. Unterschiebungen bei den Verhandlungen des Deutschen Schuhfach-Technikums.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Arbeiter-Fortbildungsverein von Pommitzsch und Umgeg.

Sonntag den 3. April in der „Konzert-Halle"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl zweier Kassen-Revisoren. 2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**
Nicht-Mitglieder sind stets willkommen.

Orts-Krankenkasse der Bäcker, Böttcher, Brauer u. verwandten Gewerbe zu Zeitz.

Die statutengemäße

General-Versammlung

findet **Donnerstag den 7. April** abends 8 Uhr im kleinen Saale des „Schützenhauses" statt, wozu die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Rechnungslegung.
3. Bericht der Jahresrevisoren.
4. Regelung von Gehältern.
5. Erledigung eingegangener Anträge ꝛc.
6. Sonstige Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand: Wilhelm Hoffmann, Vorsitzender.

Ortskrankenkasse der Tischler u. vereinigten Kassen, Zeitz.

Die statutengemäße

General-Versammlung

findet am **Donnerstag den 7. April** abends 8 Uhr im **„Stadtgarten"** statt, wozu die Herren Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1897.
2. Berichterstattung der Revisoren und Entlastung.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes. (1 Arbeitgeber.)
4. Abänderung des Statuts betreffend die §§ 14, 16, 19, 21, 22, 24, 34, 48, 49, 61 u. 63.
5. Geschäftliches.

Der Vorstand. Otto Köhler, Vorsitzender.

Freireligiöse Gemeinde, Weißenfels.

Sonntag den 3. April nachmittags 2½ Uhr

Jugendweihe

im Saale der Zentralhalle.
Zutritt jedermann frei.

Turnhalle-Rossplatz.

Meinen werten Gästen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich für dieses Jahr die **Bewirtschaftung der städt. Turnhalle während des Jahrmarktes** übernommen habe. Hochachtungsvoll

Richard Sparenberg
Inhaber des Restaurant zur Glocke.

ff. Rauchfußer Bier ff.

Geschäfts-Verlegung.

Einem geehrten Publikum von Theißen und Umgegend die ergebene Mitteilung, daß ich mit dem 1. April d. Js. mein Geschäft in das Haus des Herrn **Max Meuche,** schräg gegenüber dem Herrn Klempnermeister **Rothe** verlege.
Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen sage ich meinen besten Dank und bitte mir dasselbe auch fernerhin erweisen zu wollen.
Theissen, den 30. März 1898. Hochachtungsvoll

M. Böttger
Buchbinderei, Galanterie- u. Lederwarenhandlung.

Geschäfts-Eröffnung.

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich **Karlstr. 1** ein

Viktualien- und Flaschenbier-Geschäft

eröffne. Um geneigten Zuspruch ersucht

Ludwig Bauer, Karlstr. 1.

Um meiner treuen Kundschaft eine Freude zu bereiten, erhält jede Familie **von heute an**

ein schönes Oster-Ei gratis.

Max Schultze's Waren-Spar-Geschäft,
Moritzzwinger 6 a.

Gasthof Deutscher Kaiser, Aue.

Im Garten:

Blondin Herold's Kunst-Arena aus Zeitz.

Täglich große Brillant-Vorstellung bis Palmsonntag.

Um zahlreichen Besuch bitten
Blondin Herold, Direktor. **R. Kupler.**

Geschäfts-Eröffnung!

Donnerstag den 31. ds. Mts., abends 6 Uhr eröffne ich hier

Schulstrasse Nr. 1

eine Filiale meiner

feinen Fleisch- und Wurstwaren

und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll

Moritz Weinberg, Magdeburg-Halle,
Wurstfabrik mit Dampfbetrieb.

Schultornister, Schultaschen, Bücherträger, Kollegienmappen
in nur bestem Fabrikat empfiehlt

Albin Hentze,
24 Schmeerstraße 24.

Linoleum.

Wichtig für Hausbesitzer u. Tapezierer.
Eine Waggon-Ladung Linoleum
außergewöhnlich billig abzugeben:
schwaches 1.10, **starkes** 2.20 per Quadratmeter.
Nach auswärts Muster frei.

Gebr. Buttermilch
Halle, Landwehrstraße Nr. 9.
Fernsprecher 508.

Rossfleisch

empfehle prima, fette Ware. Schlock **und ff. Knockwurst, Rostwürstchen und Sauerbraten.** Jeden Abend: **Warme.**
O. Möbius, Kleine Ulrichstr. 29.

1 Herr f. Schlafst. Geiststr. 21 H III l.

Allerfeinste Süßrahm-Margarine	per	Pfd.		70	Pf.,
feine	„	„	„	60	„
ff.	„	„	„	50	„
feinster Flomen-Schmeer		„	„	50	„
hiesiger geräucherter Speck		„	„	60	„

empfehlen:

W. Reumann, Geiststraße 18.
H. Doller, Steinweg 2 und Zwingerstraße 32.
W. Thöming, Ob. Leipzigerstraße 63, Gold. Hirsch.
G. Kuhnke, Gr. Steinstr. 29a u. Wuchererstr. 73a.
A. May, Bernburgerstraße 16.

Geschäfts-Verlegung.

Hierdurch beehren wir uns, einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend die ergebene Anzeige zu machen, daß wir mit dem heutigen Tage unser

Spezial-Geschäft emaill. Haus- und Küchen-Geräte

von Leipzigerstraße 84 nach

Leipzigerstrasse, (Neubau C. A. Krammisch)

verlegt haben.

Durch ganz **bedeutende Vergrößerung unserer Geschäftsräume** sind wir der Neuzeit entsprechend eingerichtet und in der Lage, durch **größte Auswahl** und **solideste Preise** den weitgehendsten Anforderungen genügen zu können.

Indem wir versichern, daß wir fernerhin bemüht sein werden, das uns bisher in so reichem Maße entgegengebrachte Vertrauen uns zu erhalten, zeichnen Hochachtungsvoll

Burghardt & Becher

Haupt-Geschäft: **Leipzigerstrasse** Neubau **C. A. Krammisch.**

Erstes und größtes Spezial-Geschäft emaill. Haus- und Küchen-Geräte.

Filiale: **Olearius strasse an der Halle.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August [illegible] — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. m. b. H.) [illegible] a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980331-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 76. Halle a. S., Donnerstag den 31. März 1898. 9. Jahrg.

Chronik auf das Jahr 1848.

31. März. Die erste Sitzung des **„Vorparlaments“** in der Paulskirche! — Der in der Mannheimer Versammlung gewählte Siebener-Ausschuß hatte bekanntlich am 12. März alle früheren und gegenwärtigen Ständemitglieder und Teilnehmer an gesetzgebenden Versammlungen in allen deutschen Landen eingeladen. Eine Anzahl anderer „durch das Vertrauen des Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder waren,“ hatten besondere Einladungen erhalten. Es konnte nicht fehlen, daß sich neben den Vertretern des liberalen und konstitutionellen Bürgertums auch weiter rechts stehende Männer eingefunden hatten, ebenso wie auch die Führer der Republikaner erschienen waren. —

Am 31., morgens 8½ Uhr, trat die ganze Versammlung im Kaisersaal des „Römers“ zu Frankfurt zusammen und wählte den früheren Präsidenten der badischen Kammer und Heidelberger Professor Mittermaier zum Vorsitzenden. Es war ein mäßig liberaler, unentschlossener Mann, der sich später als völlig ungeeignet zur Leitung einer so bewegten Versammlung herausstellte. — Um 10 Uhr zog das Vorparlament unter Glockenläuten, Kanonendonner und dem Jubel der Bevölkerung nach der Paulskirche, deren Inneres man zu einem Parlamentssaal umgewandelt hatte. Die Galerien waren von einem begeisterten Publikum besetzt. Als einziger Beratungsgegenstand lag das folgende Programm des Siebener-Ausschusses vor, welches als Grundlage der neuen Verfassung Deutschlands forderte:

1. Ein Bundesoberhaupt mit verantwortlichen Ministern. 2. Einen Senat der Einzelstaaten. 3. Ein Haus des Volkes, hervorgehend aus Urwahlen nach dem Maßstabe von 1 zu 70 000. 4. Kompetenz des Bundes durch Verzicht der Einzelstaaten auf folgende Punkte: Eine Vertretung gegenüber dem Auslande. Ein System des Handels, der Schiffahrtsgesetze, des Bundeszollwesens, der Münzen, Maße, Gewichte, Posten, Wasserstraßen und Eisenbahnen. Einheit der Zivil- und Strafgesetzgebung und des Gerichtsverfahrens. Ein Bundesgericht. Verbürgung der nationalen Freiheitsrechte. — 5. Der Beschluß der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung auf obigen Grundlagen erfolgt durch die mit Vertrauensmännern verstärkten Bundesbehörden. — 6 Ein aus gegenwärtiger Versammlung zu wählender permanenter Ausschuß von 15 Mitgliedern ist beauftragt, die Vollziehung der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung zu betreiben. Wenn innerhalb vier Wochen von heute der Zusammentritt nicht erfolgt ist, so tritt diese Versammlung am 3. und 4. Mai hier wieder zusammen. Im Falle der Dringlichkeit kann der Ausschuß die Versammlung auf einen früheren Termin zusammenberufen.

Den Demokraten und Republikanern konnte das nicht genügen. Der Zusammenstoß mußte nun erfolgen. Der Mannheimer Demokrat Struve forderte in einem Antrag:

„Die Herstellung eines demokratischen Staatswesens, Aufhebung der stehenden Soldatenheere, Aufhebung der stehenden Heere von Beamten, Aufhebung der stehenden Heere von Abgaben, die am Marke des Volkes zehren, Aufhebung aller Vorrechte, der Klöster, der Verquickung von Kirche und Staat, sowie der veralteten und verkommenen Justiz; dafür aber Preßfreiheit, eine Habeas-Corpus-Akte, Beseitigung des Notstandes der arbeitenden Klassen, Rechtseinheit und Aufhebung der Zerrissenheit Deutschlands, sowie dessen Neueinteilung im Reichskriege. Die letzte Forderung lautete: „Aufhebung der erblichen Monarchie (Einherrschaft) und Ersetzung derselben durch frei gewählte Parlamente, an deren Spitze frei gewählte Präsidenten stehen, alle vereint, in der föderativen Bundesverfassung nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten.“

Es zeigte sich sofort, daß diese Ideen eine geschlossene Mehrheit gegen sich hatten. Mehrfach wurde dagegen und für das Programm des Siebener-Ausschusses gesprochen. Besonders der Darmstädtische „März-Minister“ Heinrich von Gagern sprach unter großem Beifall für dieses Programm und gegen den Struveschen Antrag. Eine spöttische Aeußerung des radikalen Professors Karl Vogt aus Gießen gegen Welcker, den Vertreter des Ausschuß-Programms, rief einen derartigen stürmischen Entrüstungs-Tumult hervor, daß die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen werden mußte. Nach der Wiedereröffnung sprach Robert Blum verbindlich, und die Versammlung schloß sich der Ansicht an, daß über die zu wählende Staatsform die spätere konstituierende Nationalversammlung zu entscheiden habe. Unter großem Beifall wurde sodann beschlossen, Schleswig, Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen. Ferner sprach man sich für die Wiederherstellung Polens aus. Endlich wurde beschlossen, daß für die konstituierende Nationalversammlung je ein Abgeordneter auf 50 000 Seelen zu wählen sei. Damit endete der erste Sitzungstag in der Paulskirche.

Die Sünden der Nationalliberalen.

Am 24. April d. J. tritt in Berlin ein Delegiertentag der nationalliberalen Partei zusammen. Die Blätter wissen mitzuteilen, daß Herr v. Bennigsen auf diesem Kongresse noch einmal die Hauptrolle zu spielen gedenkt, um dann von der politischen Schaubühne abzutreten. Seinen Posten als Oberpräsident von Hannover hat er mit dem 1. Jan. d. J. niedergelegt, und bei den nächsten Reichstagswahlen gedenkt er keine Kandidatur mehr anzunehmen. Auf dem bevorstehen Delegiertentag kann der Vierundsiebenzigjährige also einen Strich unter sein politisches Leben ziehen und die Erlebnisse zusammenzählen. Bei einem Manne wie ihm, kann man aufrichtige Rechnungslegung nicht erwarten; er wird auch als letzte Kundgebung nur eine „große“ Rede im Banketstile halten und seine Zuhörer nicht durch Offenherzigkeiten erschrecken. In der Aufrechterhaltung des schönen Scheins bestand seine „staatsmännische“ Kunst, in der Gewandtheit, Gegensätze zu vertuschen, nachzugeben und zu kompromisseln; er wird ihr bis zum Ende treu bleiben.

Wollte er die Wahrheit sagen, so müßte er eingestehen, daß er seine Partei in voller Auflösung zurückläßt. Ob der alte Verband noch die nächsten Wahlen überstehen wird, ist abzuwarten. Vielleicht bleibt der Name der Partei erhalten, Namen haben ja häufig ein zäheres Leben als Dinge. Innerlich tot aber ist der Nationalliberalismus schon längst.

Die nationalliberale Partei zählt gegenwärtig im Reichstage fünfzig Mitglieder. Aber welches bunte Häuflein ist diese Schar. Da sitzen Agrarier vom reinsten Wasser mit alten Manchesterleuten zusammen, die nie ein liberaler Hauch berührt hat. Ein Blick auf die nationalliberale Presse genügt, um die Gegensätze innerhalb der Partei aufzudecken. Die auf dem linken Flügel stehende Nationalzeitung ist in Acht und Bann getthan worden, die Köln. Zeitung schlägt sich mit der nationalliberalen Presse Rheinland-Westfalens herum, und der Hannov. Courier, das Organ Bennigsens, ist ganz einflußlos geworden. Am heftigsten sind diese Gegensätze jüngst auf dem nationalliberalen Parteitag in Magdeburg zum Ausdruck gekommen. Mühsam sucht die Parteileitung die Gegensätze zu verkleistern, aber die feinste Diplomatie der Welt kann einen notwendigen Zersetzungsprozeß nicht verhindern

Der Nationalliberalismus war von seinem Entstehen an die Partei des raffgierigen Großbürgertums. Als im Oktober 1866 die Forckenbeck, Hammacher und Lasker aus der Fortschrittspartei austraten und das neue Parteigebilde schufen, geschah es, um Frieden mit der preußischen Regierung in allen Militärfragen zu schließen. Die Erfolge der preußischen Waffen sollten ausgemünzt werden für das Bürgertum, das ohne doktrinäre Konflikte mit der Regierung die goldenen Früchte einheimsen wollte. Der Hinzutritt der liberalen Abgeordneten aus den neu eroberten Provinzen, zu denen auch Herr v. Bennigsen, der frühere getreue Unterthan Ernst Augusts von Hannover, gehörte, verstärkte die Partei. Ihren eigentlichen Aufschwung aber nahm sie in den ersten Jahren nach 1870. In der Session von 1874 bis 1877 zählte sie 151 Abgeordnete. Sie war damals die mächtigste und einflußreichste Partei im Lande; wie sehr ihr der Liberalismus aber nur an der Oberfläche saß, bewies sie durch ihr Vergalten bei der Reichsjustizgesetzgebung. Eine Reihe reaktionärer Bestimmungen, vor allem die Fußangeln des Preßgesetzes, sind das Werk ihrer Kompromißpolitik.

Inzwischen hatten sich die Dinge draußen verschoben. Der gewaltige Aufschwung der deutschen Industrie hatte nicht nur Goldströme in die Taschen des Unternehmertums geleitet, es hatte gleichzeitig ein Proletariat geschaffen, das seiner Natur nach revolutionär sein mußte. Aus einer kleinen verspotteten und verlachten Sekte war die Sozialdemokratie zu einer Partei geworden, die mit unwiderstehlichem Elan in der Erwartung großer, entscheidender und baldiger Erfolge vorwärts drang. Das rote Gespenst fiel den liberalen Geldsäcken fürchterlich auf die Nerven. Zum Teufel mit allen fretheitlichen Forderungen und Errungenschaften, dachten sie, wenn sie auch andere als wir benutzen wollen, andere, die darauf aus sind, uns unser heiligstes Menschenrecht, das Recht auf unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse zu nehmen. So stimmten denn die Nationalliberalen unter Bennigsens Führung für das zweite Sozialistengesetz und in der Folge für alle seine Verlängerungen. 1887 machten sie das Kartell mit, und sie waren es, auf deren Anregung ein wichtiges Volksrecht beschnitten und die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre verlängert wurde.

1889/90 waren sie bereit, für ein dauerndes Sozialistengesetz zu stimmen, ohne den kleinen Belagerungszustand, weil sich dessen Unzweckmäßigkeit erwiesen hatte. Regierung und Konservative waren aber halsstarrig und so fiel zum großen Leidwesen der Nationalliberalen das Sozialistengesetz. Seitdem sind sie eifrig bemüht gewesen, für Ersatz zu sorgen. 1894 war es die nationalliberale Presse, die das Umsturzgeschrei erhob, und der nationalliberale Delegiertentag zu Frankfurt a. M. rüzte die Regierung wegen angeblicher Unthätigkeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Caprivi fiel darüber und unter dem Fürsten Hohenlohe erschien die Umsturzvorlage, deren klägliches Schicksal bekannt ist. Als die preußische Regierung es mit dem kleinen „Sozialistengesetze“ versuchte, erklärte die nationalliberale Partei sich bereit, für den Ausschluß der Minderjährigen von der Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen zu stimmen. Die beiden Mitglieder Schoof und Bueck stimmten ruhig für alle reaktionären Vorschläge, und der letztere ist nach wie vor angesehenes und einflußreiches Mitglied seiner Partei. Die Stellung der Nationalliberalen zu der Grundlage aller Volksrechte, zu dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrechte ist ganz unzuverlässig. Die Herren werden im Innersten nur bedauern, daß sie 1887 nicht ganze Arbeit gemacht haben.

So ist die Geschichte des Nationalliberalismus ein langes Register schändlicher Sünden an den Volksrechten. Der Zusammenbruch der Partei aber wird herbeigeführt durch die ökonomischen Verschiebungen der letzten beiden Jahrzehnte. Die Bauern und Kleinbürger, die ihre Gefolgschaft und die Masse ihrer Wähler bildeten, haben sich von ihr abgewendet und suchen ihr Heil bei neuen Götzen, bei den Antisemiten und Bauernbündlern. Die „widerlichen Interessenstreitigkeiten“ innerhalb der herrschenden Klasse selber, über die Herr von Bennigsen in diesen Tagen erst wieder im Reichstage so beweglich jammerte, haben dem Nationalliberalismus den Todesstoß versetzt. Vielen Nationalliberalen scheint die einzige Rettung noch zu sein, daß sich ihre Partei offen als Filiale der Agrarier unter liberaler Firma auftut. Die Interessen der Agrarier aber stehen in unversöhnlichem Gegensatze zu denen des Handels und der Exportindustrie. Und so erleben wir das erbauliche Schauspiel, daß ein Teil der Nationalliberalen sich im freisinnigen Kartell unter den Bannern Richters und Rickerts „sammelt“.

Einen Trost aber haben die Herren. Mag der alte Nationalliberalismus tot sein, ein neuer thut sich auf. Das Zentrum ist gewillt, die Wege des Nationalliberalismus zu wandeln.

Herr v. Bennigsen verläßt die politische Schaubühne, seine Stelle aber nimmt mit breitspuriger Grandezza Herr Dr. Lieber ein.

Tagesgeschichte.

Warum Herr Zelle geht, das läßt sich ein ihm sehr wohlgesinntes reaktionäres Blatt, die Münchener Allg Ztg., aus Berlin schreiben. Es wird auf die Herren Dr. Langerhans und Singer weidlich losgeschlagen im Hinblick auf die Denkmals- und Kranzaffaire und dabei wörtlich ausgeführt: „Man kann es Herrn Zelle nachfühlen, daß er sich nicht dazu hergeben wollte, diese Sprünge der übermütig gewordenen Demokratie mitzumachen, daß er es vielmehr vorzieht, die Herren ihrem eigenen verdienten Schicksal zu überlassen.“ — Hoffentlich haben die Herren Dr. Langerhans und Singer so viel moralische Kraft, den ihnen zugedachten Schlag gesund und munter zu überwinden. Mögen sie sich trösten mit dem Motto: „Es geht auch so,“ bemerkt dazu die Volks Zeitung.

„Schwerste Strafe demjenigen, der Arbeitswillige hindert, zu arbeiten!“ Unser Burgstädter Parteiblatt ist in der Lage, folgendes Schreiben der Oeffentlichkeit übergeben zu können:

Vereinigung
Sächsischer Spinnerei-Besitzer.
Chemnitz, den 23. März 1898.

Herr . . . . . .

Ich teile den Herren Mitgliedern der Vereinigung ergebenst mit, daß in der Baumwollweberei Mittweida ein Streik ausgebrochen ist. Von seiten des Verbandes der Textilarbeiter bezw. des Arbeitgeber-Verbandes wurden die Herren Rüdiger und Backofen in Mittweida, Geheimer Kommerzienrat Vogel und Thümer hier mit der Prüfung der Angelegenheit beauftragt. Ich ersuche Sie, bis zur Entscheidung dieses Komitees **arbeitsuchende, nicht ordnungsgemäß entlassene Arbeiter dieses Etablissements abzuweisen.**

Hochachtungsvoll
Vereinigung Sächsischer Spinnerei-Besitzer i. V.
Emil Starke, Vorsitzender.

Der Staatssekretär Posadowsky braucht doch Material, um dem „Terrorismus“ im Arbeitsverhältnis entgegentreten zu können. Nun, hier hat er, was er braucht.

Der ambulante Gerichtsstand wurde wiederum am Montag in Berlin angewendet. Die Gründer des Hakatistenvereins hatten gegen den Redakteur des in Posen erscheinenden Dziennik Poznanski wegen eines Artikels „Hakatismus auf Reisen“ die Beleidigungsklage angestrengt. Der Gerichtsstand des Dziennik Poznanski ist Posen. Da aber Exemplare dieses Blattes auch nach Berlin verschickt werden, so kam der ambulante Gerichtsstand für die Presse in Anwendung und wurde auch das Berliner Schöffengericht als zuständig für die Privatklage angesehen. Dieses erachtete eine Beleidigung für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 M. Wann wird dieses Monstrum preßgesetzlichen Unsinns einmal von den deutschen Gerichten verschwinden?

Zur Wahlbewegung.

In **Gotha** haben die Freisinnigen den Oberbürgermeister Biebertrau aufgestellt, der, wie verlautet, auch bei den Nationalliberalen Aussicht auf Unterstützung haben soll.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteifreunde im Wahlkreis **Ulm** beschloß, dem Buchbinder F. Dietrich aus Stuttgart wiederum die Kandidatur für den Reichstag zu übertragen.

Von einer Parteiversammlung in **Würzburg** wurde, da Genosse Oertel, der bisherige Kandidat dieses Kreises, durch die Annahme des Nürnberger Mandats von der Kandidatur zurückgetreten ist, Eitzinger als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt.

Arbeiterbewegung.

Im Eulengebirge ist wieder ein größerer Weberstreik ausgebrochen, der sich zu einem langwierigen Kampf auszudehnen scheint. In Langenbielau legten am Dienstag voriger Woche etwa hundert Weber und Weberinnen bei der Firma

Gardinen
Tischdecken
Bettdecken
Teppiche
Portieren
in grosser Auswahl und zu billigsten Preisen empfiehlt

Kaufhaus
M. Schneider
Halle a/S., Leipzigerstr. 94.
Parterre, I. u. II. Etage.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980331-18/fragment/page=0005

Julius Neugebauer die Arbeit nieder. Der gute Geschäftsgang hatte sie veranlaßt, auch für sich etwas mehr zu beanspruchen und dies glaubten sie mit Recht um so mehr thun zu dürfen, als in anderen Fabriken 25 bis 30 Prozent mehr für dieselbe Arbeit gezahlt wird. Die von den Streikenden formulierten Forderungen lauten im einzelnen: 1. Bezahlung nach Metern; 2. jeder Weber und Weberin muß das Recht haben, jedes Stück messen zu können; 3. im Lieferbuch der Weber und Weberinnen ist die gelieferte Meterzahl und der Lohn einzutragen; 4. Errichtung einer bequemeren Ausgabestelle der Arbeit; 5. Erhöhung des Lohnes um 25—30 Prozent; 6. Aushängen der Lohntabelle in jedem Saale; 7. für Musterarbeiten, sowie bei schlechten Ketten ist Stundenlohn zu zahlen; 8. das gleiche gilt beim Umbau des Stuhles; 9 bessere Ventilation und gleichmäßigere Heizung; 10. bei Stundenlohn sind pro Stunde und Stuhl 15 Pfg. zu zahlen, den Deckenweberen jedoch 20 Pfg. pro Stunde; 11. pünktliche Lohnzahlung; 12. bessere Waschgelegenheit; 13. keine Maßregelung der am Streik Beteiligten. In der Begründung dieser billigen und gerechten Forderungen sagen die Streikenden, deren Durchschnittslohn bisher 7 Mk. betrug: „Nicht Uebermut noch Bosheit, sondern tiefstes Elend treiben uns dazu, von Ihnen Herr Neugebauer, eine Lohnerhöhung zu verlangen." Bis jetzt fanden zwei Verhandlungen statt. Herr Neugebauer machte wohl verschiedene Zugeständnisse, aber soweit Lohnforderungen in Betracht kamen, verhielt er sich strikte ablehnend. Die Löhne lasse er sich nicht vorschreiben, die bestimme er, und mehr könne er nicht zahlen wegen der Konkurrenz der Juden. Dabei zahlen aber die Juden im nahegelegenen Reichenbach 2 Mk. bis 2.50 Mk. pro Stück Ware mehr an Arbeitslohn als Herr Neugebauer. Die Streikenden beschlossen am Donnerstag abend einmütig, so lange weiterzustreiken, bis Herr Neugebauer auch in der Lohnfrage Entgegenkommen zeigt. Daß Leute, die sich mit einem Durchschnitteinkommen von 7 M. pro Woche begnügen müssen, keine Sparpfennige erübrigt haben, dürfte niemand zweifelhaft sein. Deshalb wird wohl die deutsche Arbeiterschaft den schlesischen Webern gegenüber wieder Solidarität üben und sie nach Kräften unterstützen. Sendungen sind an Karl Haberecht, Weber, Langenbielau, 4. Bezirk. Nr. 216, zu richten.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 30. März 1898.

* **Man wittert Gefahr.** Nach einer neueren Verfügung der königlichen Regierung zu Merseburg sind die jetzt neu in Arbeit tretenden ausländischen Arbeiter hinsichtlich ihres Gesundheitszustandes sorgfältig zu überwachen und nicht zur Arbeit anzunehmen, sofern nicht die in der Heimat oder in Preußen in den letzten zehn Jahren wirksam erfolgte Impfung glaubhaft nachgewiesen oder eine Erkrankung an Pocken vorausgegangen ist, eventuell ist die Impfung der bisher nicht mit Erfolg geimpften Personen sofort vorzunehmen. Der hiesige Sanitätsrat Dr. Risel klagt besonders darüber, daß seitens der solche Arbeiter beschäftigenden Landwirte die vorgeschriebene Impfung mehrfach in einer das Gemeinwohl gefährdenden Weise verzögert worden ist, wie denn auch im vorigen Jahre durch polnische Arbeiter die Pocken bei uns eingeschleppt worden sein. Was sichert unsere Arbeitgeber die Einschleppung der Pocken, wenn die fremden Arbeiter nur billig arbeiten. Das ist die Hauptsache.

* **Die armen Obdachlosen,** die früher in einem Hause der Klosterstraße untergebracht wurden, sollen jetzt nach den Vorschlägen der Armenkommission folgendermaßen verquartiert werden:

1. den auf dem Hofe des genannten Hauses befindlichen Schuppen zur Unterbringung der Wasserwagen in demselben Umfange, welchen er jetzt einnimmt, auszubauen, um die Obdachlosen aufzunehmen; 2. denselben Schuppen mit einer Verbreiterung von 1 Meter nach vorn zu demselben Zwecke herzustellen; 3. ein besonderes Haus auf dem Hofe des genannten Hauses, in derselben Größe als die übrigen Asylhäuser sind, herzustellen und zum Bau das aus dem Abbruche gewonnene Material zu verwenden. Zum Ausbau soll das beim Abbruch gewonnene Material an Steinen, Thüren, Fenstern u. s. w. verwendet werden. Die Kosten belaufen sich auf 2200 Mk. und sollen nach dem den Stadtverordneten zugegangenen Magistratsantrage dem Fonds zum Bau eines Asyls für Obdachlose entnommen werden. Die Einrichtung des Schuppens zum Asyl soll nur als Nothehelf angesehen werden, da der Magistrat beabsichtigt, noch im Laufe dieses Jahres mit dem Bau eines neuen Asyls vorzugehen, in welchem gleichzeitig die Bewohner der Arbeitsanstalt Aufnahme finden sollen.

* **Eine ätzende Flüssigkeit** spritzte der kleinen 11jährigen Alwine Drechsler beim Herabfallen der Flasche ins Auge, so daß das Kind eine gefährliche Verletzung des linken Auges davontrug und in die Klinik verbracht werden mußte.

* **Wiederum Blutvergiftung.** Die Fälle, in denen oft bei geringfügigen Verletzungen Blutvergiftung eintritt, mehren sich in letzter Zeit sehr häufig. So wurde Montag das Dienstmädchen Kurrath einer Operation am rechten Arm unterzogen, da sie sich beim Scheuern von Kupfergeschirr eine unbedeutende Verletzung der Hand beibrachte, die eine Blutvergiftung zur Folge hatte.

* **Ein recht verdutztes Gesicht** machte Montag morgen der Milchhändler Wilde aus Beesen, als er aus einem Hause heraustrat und sein Milchfuhrwerk nicht mehr sah, das er wie gewöhnlich auf dem Riebeckplatze hatte stehen lassen. Es war ganz einfach verschwunden. Die Dreistigkeit der Diebe ist um so größer, wenn man bedenkt, daß zwei Pferde vor das Fuhrwerk gespannt waren. Bis jetzt ist der Milchhändler noch nicht wieder im Besitz seines Geschirrs.

* **Bei dem Umzuge** bringt die Polizeiverwaltung die Bestimmungen über das politeiliche An- und Abmelden der Wohnungsveränderungen in Erinnerung zur Darnachachtung.

* **Roheiten rüpelhafter Art** übten einige Burschen am Montag nachmittag in der Nähe der Cröllwitzer Brücke. Sie belästigten die Passanten, warfen einen Schulknaben in eine größere Wasserlache und trieben allerhand Unfug. Ein Gendarm brachte den einen der beiden Burschen zur Haft, woselbst er in der Zelle die Fenster einschlug und sich dadurch so stark an der Hand verletzte, daß ihm ein Notverband angelegt werden mußte. Sein Komplice entkam bei der Flucht. Möchten doch auch endlich diese Sorte von „Arbeitern" einsehen, daß sie durch derartiges Betragen nicht nur sich selbst, sondern den ganzen Arbeiterstand schwer schädigen.

Merseburg. Am 26. d. Mts. fand hierselbst eine Hirsch-Dunckersche Gewerkvereins-Versammlung im Kasino statt. Referent war Herr Klein-Berlin. Dieselbe war von circa 90 Personen besucht und der Referent schien sehr erfreut zu sein, daß so viel Freunde zu seinem Vortrag erschienen. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten, und schon sah er das Unglück. Als die dienstbereiten Kellner mit den vollen Bierseideln den Gerstensaft anboten, da sah man, daß ganze 25 Personen mit dem Referenten und den hallschen Freunden, unter letzteren der Werkmeister Dobrint, sich diesem Genusse hingaben. Die übrigen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden, verschmähten es, diesen Wirt auch nur einen Heller verdienen zu lassen. —

Der Herr Klein hielt sich denn auch in seinem Vortrage sehr anständig und selbst wir konnten Verschiedenes davon unterschreiben.

In der Diskussion meldete sich Genosse Mittag zum Wort. In ruhiger und sachlicher Weise widerlegte er den Referenten und als derselbe ihm den Revers vorhielt, daß wer Mitglied wird, kein Sozialdemokrat sein darf, da war es selbst für die Sorte Menschen zu viel, daß man ihre Statuten hier so genau kannte und einige waren frech oder dumm genug, zu rufen: „Das ist nicht wahr". Zum Schluß meinte Redner, sie wären hierher gekommen, Leimruten zu legen, um Gimpel zu fangen. Nun zeigte sich Herr Klein in seiner richtigen Natur, er warf Verleumdungen und Beleidigungen gegen die Sozialdemokratie und die Führer nur so hin, denn er sah ein, daß der Boden für seine Saat nicht paßte. Es sprach noch Herr Dobrint und dann hierauf ein Antrag auf Schluß der Versammlung zur Abstimmung. Trotz größtem Protest durften in dieser öffentlichen Versammlung nur Mitglieder stimmen und unsere Genossen durften nicht mehr sprechen. Dieses ist gewiß echt Hirsch-Dunckerisch. Alle Freunde verließen unter Absingung der Marseillaise den Saal. E. R.

Litteratur.

Die vortrefflich ausgestattete Illustrierte Romanbibliothek „**In Freien Stunden**" kündigt an, daß sie nach Abschluß des seinem Ende sich nähernden Romans „Der Büttner von Klausen" einen Roman von Friedrich Spielhagen bringen wird, nämlich den stimmungsvollen Roman „Was die Schwalbe sang", in welchem der gefeierte Dichter das Problem behandelt von dem Wiedererwachen getäuschter und begrabener Jugendliebe und von der Vereinigung der durch Gesetz und Ehe getrennten Liebenden. Die Illustrationen zu diesem Roman rühren von dem Münchener Maler J. Damberger her. Jedes illustrierte Heft zum Preise von 10 Pf. bringt bekanntlich 24 Seiten Romantext und 2 Seiten kleines Feuilleton. Die eben ausgegebenen Hefte 12 und 13 enthalten „**Zum Reiche der schlagenden Wetter**" (ein Bild aus dem Bergarbeiterleben von E. Fourniére) und eine kleine Humoreske „**Der falsche Theaterarzt**", sowie unter Dies und Jenes feuilletonistische und culturhistorische Notizen und Humoristisches unter „**Witz und Scherz**". Wir empfehlen diese inhaltlich wie in ihrer Ausstattung vortreffliche Romanbibliothek unseren Lesern angelegentlichst.

Briefkasten der Redaktion.

Hohenmölsen. Könnte gar nichts schaden. Konsequent durchgeführt, hilft dieses Mittel.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 28. März.

Aufgeboten: Der Schlosser Müller und Luise Schubert (Klosterstraße 12 und Advokatenweg 13). Der Maschinenbauer Repling und Marie Gebhardt (Gerichtsstein und Charlottenstraße 10). Der Bäckermeister Trautmann und Marie Lepa (Merseburgerstraße 32). Der Lokomotivheizer Günther und Elise Hübner (Erfurt und Friesenstr. 18). Der Lehrer Schellenberg und Auguste Herrgesell (Halle und Zörbig). Der Hilfsbremser Bollmann und Minna Bollermann (Halle und Gottesleben). Der Bäcker Becke und Anna Bracher (Barnstädt und Obhausen-Nicolai).

Eheschließungen: Der Tischler Hellmundt und Johanne Neumann (Lilienstraße 12 und Leipzigerstraße 98). Der Kaufmann Jugler und Martha Schulze (Leipzig und Kaffurterstraße 28).

Geboren: Dem Maurer Fuß eine T. (Gerberstr. 13). Dem Tischler Schulz eine T. (Große Steinstraße 23). Dem Ingenieur August ein S. (Thomasiusstraße 45). Dem Modelltischler Köhler eine Tochter (Bernhardystraße 14). Dem Maurer Uhlig ein Sohn (Henriettenstr. 6). Dem Postschaffner Pfuhl eine T. (Wickelstraße 15). Dem Schreiber Will ein S. (Fleischerstraße 13). Dem Schmiedemeister Rockmann ein S. (Zwingerstraße 30). Dem Invaliden Blachnereck eine T. (Entbindungs-Institut). Dem Lithograph Moritz eine T. (Marktplatz 14). Dem Schmied Krause ein S. (Bahnhofstraße 8).

Giebichenstein, vom 23. bis 25. März 1898.

Aufgeboten: Der Brauereipächter Müller u. P. Hermann (Burgstraße 53 u. Cröllwitz). Der Bahnarb. Werner und J. Meißner (Große Brunnenstraße 40 und Halle a. S.) Der Fabrikarb. Stengel und E. Fiedler (Wittenbergerstraße 25 und Friedenstraße 18).

Geboren: Dem Fabrikarb. Junge ein S. (Eichendorffstraße 21). Dem Handarbeiter Kuß eine T. (Große Brunnenstraße 55). Dem Bahnarb. Sorgenfrei eine T. (Augustastraße 55). Dem Maurer Richter eine T. (Schmelzerstraße 35). Dem Handarbeiter Serdoun ein S. (Eichendorffstraße 5). Dem Handarb. Büchner eine T. (Große Brunnenstraße 42). Dem Bahnarbeiter Hilprecht eine T. (Eichendorffstraße 5).

Gestorben: Die Witwe Lehmann geb. Jackowski, 65 J. (Martinskirsch). Des Salzsieder Frosch T., todgeb. (Wittekindstr. 21). Des Gärtner Baier S., 6 Monate (Große Brunnenstraße 15.)

Für die Redaktion verantwortlich: **A. Weißmann** in Halle.

Konsum-Verein für Giebichenstein u. Umg.
E. G. m. b. H.
Wir ersuchen unsere Mitglieder, ihren Bedarf in
Kohlen und Naßpreßsteinen
sofort anzugeben, und offerieren wir frei Haus und Gelaß:
Briketts (Riebecker Montan-Werke) per Ztr. 60 Pf.
Briketts (Ammendorfer, Grube Henriette) per Ztr. 58 Pf.
Naßpreßsteine (Dreierhaus Osendorf) per Tausend 13 M.
Rabattmarken werden zur Hälfte gegeben.
Erfahrungsgemäß häufen sich gegen Ende des Sommers die Bestellungen auf Kohlen derart an, daß an eine Lieferung zu den festgesetzten Terminen gar nicht zu denken ist. Wir ersuchen deshalb unsere Mitglieder, ihren Bedarf so früh als nur irgend möglich zu decken. **Der Vorstand.**

Geschäfts-Uebernahme.
Meiner werten Nachbarschaft teile hierdurch mit, daß ich das
Viktualien- u. Flaschenbier-Geschäft
des Herrn G. Werner
Wolffstraße 24, Ecke Wörmlitzerstraße,
übernommen habe. Mein eifrigstes Bestreben wird sein, mit besten Waren mir das Vertrauen meiner werten Kundschaft zu erwerben.
Achtungsvoll **Adolf Albat.**
Donnerstag den 31. März: Erstes Schlachtefest.

Konkurswaren-Ausverkauf.
Die aus der S. Korn'schen Konkursmasse herrührenden Warenvorräte, bestehend in:
Rock- u. Jackett-Anzügen, Knaben-Anzügen, Hosen, Winter- u. Sommer-Paletots, Hohenzollern-Mänteln, Joppen, Lederhosen, Zwirn-Hosen, Blusen, Hemden, Jagdwesten, Unterhosen
u. a. W. kommen zu außerordentlich billigen Taxpreisen im bisherigen Geschäftslokale
Gr. Klausstrasse 1
zum Verkauf.
Der Verkauf findet täglich vormittags von 8—12 Uhr u. nachmittags von 2—7 Uhr statt.

Konfirmanden-Schuhe und Stiefeln
in großer Auswahl zu billigen festen Preisen empfiehlt
Weissenfelser Schuh-Fabrik-Niederlage
von M. Seiler Söhne
Eckladen — 32 Große Ulrichstraße 32 — Eckladen.

Farben, Lacke, Pinsel, Leim.
E. Walthers Nachf., Moritzzwinger 1 u. Steinweg 26.

Lederhandlung
Karl Friedrich Nachf.
Gr. Märkerstraße 2.
Sohl- und Oberleder-Ausschnitt
zu sehr billigen Preisen.

Möbelfabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter Möbel- und Polsterwaren der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

Dauerhafte **Arbeiter-Anzüge**
in nur vorzüglicher Ware empfiehlt
W. A. Kurtz, Halle, Trödel 2.

Gardinen
grösste Auswahl schöner, neuer Muster,
nur haltbares, solides Fabrikat in weiss u. creme
empfiehlt zu billigsten Preisen
Emil Höschel
Gr. Ulrichstrasse 52.

Alex Michel
Halle a. S.
empfiehlt
Bettfedern u. fertige Betten.
Fertige Inlets, Strohsäcke, fertige Bettbezüge
in weiß und bunt,
Betttücher, Gardinen und Rouleaux-Spitzen
zu bekannt allerbilligsten festen Preisen.

Naturbutter, 10 Pfd. à 4.50, Honig 3.60, Kaff. 12 Tlpfe. Oestreich.

Anständige Frau zum Frühstücktragen wird gesucht Liebenauerstraße 163.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218980331-18/fragment/page=0006